

Walter Süß

Bürokratische Rationalität und gesellschaftliche Synthesis in der Konstitutionsphase des sowjetischen Systems (1)

Die Frage nach historischer Notwendigkeit und Formationscharakter der sowjetischen Gesellschaft hat durch die politische Entwicklung im letzten Jahrzehnt zunehmende Bedeutung gewonnen: Ökonomische Krise und Legitimationsdefizit der kapitalistischen Gesellschaften machen eine alternative sozialistische Perspektive zur politischen Notwendigkeit, wobei das „sowjetische Modell“, so wenig es als eine Antwort für zentrale Themen der antikapitalistischen Bewegung (wie Charakter der Arbeit; umfassende gesellschaftliche Emanzipation und Selbstbestimmung; Neubestimmung der Naturaneignung etc.) darstellt, doch immer zu einer – über bloß abgrenzende Willensbekundung hinausgehenden – tiefergehenden historischen Positionsbestimmung herausfordert. Zugleich kristallisiert sich in den Ländern des „Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW), vor allem seit dem Aufbruch in der CSSR 1968, eine sozialistische Opposition heraus, die lebendiger Beweis dafür ist, daß deren politisch-gesellschaftliche Strukturen an die Grenzen ihrer Integrationsfähigkeit stoßen, daß auch dort Alternativen gesellschaftlicher Entwicklung zur – wenigstens noch durch Repression niedergehaltenen – Möglichkeit heranwachsen. Umgekehrt aber haben sich einzelne „unterentwickelte“ Länder, in denen ein weitgehend selbständiger revolutionärer Umbruch vollbracht wurde, wie etwa Kuba, Angola, Vietnam, vor allem politisch in eine Richtung entwickelt, die mit den sich herausbildenden Zielprojektionen der Linken in den kapitalistischen wie den „sozialistischen“ Industrieländern wenig gemein hat. Soll der Internationalismus von gestern nicht zum moralischen Kater von heute werden, will die Linke historische Identität gewinnen, ohne ihre Vergangenheit zu verleugnen, will sich diese Linke um die Bedingungen der Realisierung ihres Projekts einer herrschaftsfreien Gesellschaft klar werden, so führt kein Weg daran vorbei, die Gesellschaften „sowjetischen Typs“ in ihr „Geschichtsbild“ einzuordnen. Zur Realisierung dieser Aufgabe soll mit den folgenden Überlegungen (für einen Teilaspekt der Gesamtproblematik) beigetragen werden.

1 Dieser Artikel ist im Rahmen der Vorarbeiten zu einem – von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten – Forschungsprojekt „Industrialisierung und Stalinisierung“ entstanden. Den Mitarbeitern/-innen dieses Projekts (insbesondere Krisztina Mánicke-Gyöngyösi) und Wilfried Spohn sei an dieser Stelle für eine Reihe von für die Herausarbeitung meiner Argumentation fruchtbaren Diskussionen gedankt.

Bürgerliche Totalitarismus-Theorie wie „eurokommunistische“ Vergangenheitsbewältigung (wie schließlich auch Fortschreibungen der Trotzki'schen Kritik am „Verrat der Revolution“) kranken allesamt daran, ein verselbständigtes „politisches Subsystem“ als eigentlich aktiven Kernbereich des „stalinistischen Gesamtsystems“ zu unterstellen, ohne noch die Etablierung dieses Systems, seine Integrationsmechanismen und Entwicklungsetappen in Bezug zu setzen zu Struktur und Entwicklung der nachrevolutionären Gesellschaft – d.h. ohne das „Gesamtsystem“ als – auch politisch vermittelten – sozio-ökonomischen Reproduktionszusammenhang zu begreifen. Daran mag soviel richtig sein, als der „Stalinismus“ schwerlich unter Abstraktion von Partei- und Staatsapparat auch nur zu identifizieren wäre. Wenn man jedoch – wie z.B. Jean Elleinstein – schreibt: „In der Tat entwickelte er (Stalin) den Sozialismus, obwohl er in despotischer Art vorging.“ (2), so ist die Frage nach dem Zusammenhang von sozioökonomischer und politischer Entwicklung (durch die willkürliche Separierung eines – despotischen – politischen „Phänomens“ und einer – ökonomistisch bzw. industrialistisch reduzierten – Basis) schon von vorneherein ausgeklammert, das „stalinsche Phänomen“ wird zu einem Problem „auf der Ebene des Überbaus“ (3).

In diesem Punkt ist selbst die westliche „Sowjetologie“ inzwischen insofern weiter, als sie – im Gefolge des Übergangs vom Kalten Krieg zur „friedlichen Koexistenz“ – in Abkehr vom statischen und politologisch bornierten „Totalitarismus-Modell“ und in Hinwendung zu modernisierungstheoretischen und sozialgeschichtlichen Fragestellungen eine Reihe von Versuchen vorzuweisen hat, Stalinismus als gesellschaftliches „Phänomen“ zu analysieren. Während jedoch für Teilbereiche gesellschaftlicher Entwicklung diese neueren Arbeiten (4) wertvolle Einsichten vermitteln, steht eine gesamtgesellschaftliche Interpretation des sowjetischen Entwicklungsprozesses – auch aus Industrialisierungs- oder Modernisierungsperspektive – noch aus (5).

Den Versuch einer politischen wie ökonomischen Gesamtinterpretation unternahm Rudolf Bahro mit seiner 1977 erschienenen „Alternative“ (6). Bahros Argumentation scheint mir in dem historischen Teil seines Werks jedoch an dem entscheidenden Fehler zu kranken, daß er methodisch von einem (in Analogie zur „Asiatische Produktionsweise“ entwickelten) funktionalistischen „Industrialisierungs-Modell“ ausgeht und die stalinistische Despotie reduziert auf die Akkumulationsfunktion einer Modernisierungs-Diktatur. Da sich hinter dieser Interpretation

2 J. Elleinstein, „Geschichte des ‚Stalinismus‘“, Westberlin 1977, S. 109

3 Ebda., S. 197

4 Vgl. R. C. Tucker (ed.), „Stalinism. Essays in Historical Interpretations“, New York 1977; Sh. Fitzpatrick (ed.), „Cultural Revolution in Russia, 1928 - 1931“, Bloomington/London 1978.

5 Vgl. T. A. Jones, „Modernization Theory and Socialist Development“, in: M. G. Field (ed.), „Social Consequences of Modernization in Communist Societies“, Baltimore/London 1976, S. 19 - 49.

6 „Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus“, Köln/Frankfurt 1977.

ein hypostasiertes Modell industriellen Wachstums in der take-off-Phase, eines „nichtkapitalistischen Wegs der Industrialisierung“, verbirgt, vermag auch Bahro – obwohl er zu Recht die Bedeutung vertikaler Arbeitsteilung, außerökonomischen Zwangs und staatlicher Strukturen als zentrale Elemente des etablierten „Stalinismus“ benennt – weder die Möglichkeit der Durchsetzung dieses Systems zureichend zu erklären, noch auch die Frage tatsächlich zu beantworten, ob der „Stalinismus“ die historisch einzig mögliche Form einer Industrialisierung des Landes darstellte, ob und warum andere politische Konzeptionen scheiterten bzw. – nach Bahros Auffassung – scheitern mußten. Und schließlich unterstellt Bahros Interpretation der stalinistischen Despotie ein Ausmaß ökonomischer Rationalität, das – wie ich noch zu zeigen versuchen werde – wenig mit der Wirklichkeit gemein hat. Selbstverständlich ist die Interpretation der sowjetischen Entwicklung nur ein Teilbereich von Bahros Analyse, deren Bedeutung mit diesen Anmerkungen nicht in Zweifel gezogen werden soll. Wesentlich aber ist, sich klar zu machen, daß die „Alternative“ zwar wichtige Anknüpfungspunkte bietet, aber noch nicht „die“ Antwort auf die Frage nach dem Stalinismus darstellt.

II

Mein eigener Ansatz beansprucht nicht, Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen „Theorie des Stalinismus“ zu sein, sondern ist nur ein Versuch, ausgehend von der Sozialstruktur der nachrevolutionären Sowjetunion und mit Hilfe der Radikalisierung einiger Begrifflichkeiten und Argumentationen, die auch bisher schon in dem einen oder anderen Beitrag eine Rolle spielten, ein Interpretationskonzept für einen zentralen Aspekt der Entwicklung zum Stalinismus zu erläutern. (Für eine tatsächliche Auseinandersetzung mit anderen Theorien fehlt an dieser Stelle leider der Raum.)

Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen ist die Bestimmung der sowjetischen Bürokratie als jener gesellschaftlichen Schicht (oder Klasse – s.u.), deren Interessenlage und Handeln auf ihrer – sich im Lauf der Zeit steigernden – Verfügungsgewalt über das gesellschaftliche Mehrprodukt und der Aneignung, Verwaltung und Vernutzung dieses Mehrprodukts in „Form der Allgemeinheit“ (7) aufbaut, legitimiert als „inhaltliche“ (d.h. tatsächliche) „Allgemeinheit“ der Interessen der Arbeiter und der (armen) Bauernschaft. So will ich versuchen, Bürokratie in ihrer immer umfassenderen Durchdringung aller gesellschaftlichen Sektoren sowohl aus der Dynamik ihrer Beziehung zu den verschiedenen gesellschaftlichen Klassen zu verstehen, wie ihre innere Struktur ausgehend von der Frage nach den Bedingungen der Realisierung dieser gesamtbürokratischen Aufgabe, die letztlich hinausläuft auf die bewußte Organisierung gesellschaftlicher Synthesis, zu analysieren.

7 K. Marx, „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Kritik des Hegelschen Staatsrechts (§§ 261 - 313)“, in: Marx/Engels, „Werke“ I, Berlin (DDR) 1970, S. 267.

Um die Problematik dieser Aufgabe zu verstehen, ist es sinnvoll, sich Webers Bestimmung der Bürokratie (8) ins Gedächtnis zu rufen. Bürokratie wird von Weber – idealtypisch – verstanden als Exekutivorgan der Organisierung gesellschaftlicher Interessen und Funktionen unter der Maxime formaler Rationalität. Diese formale Rationalität der Bürokratie (verstanden als „kalkulatorische Rechenhaftigkeit“, die quantifizierbare oder doch zumindest nach abstrakten Regeln formalisierbare – ihr selbst vorgegebene – Organisationsziele zu optimieren sucht) hat dort, wo Weber das empirische Material seiner Typenbildung findet, ihren Bezugspunkt und ihr Maß in der „führende(n) Rolle des Verwertung suchenden Kapitals in der Wirtschaft der modernen Kulturländer“ (9). Trotz der Tendenz zur „Rationalisierung“ aller Lebensbereiche und zur Ausweitung des Kompetenzbereichs der Bürokratie kommt ihr demnach eine im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß dienende Rolle zu. Im Unterschied dazu verfügt die sowjetische Bürokratie unmittelbar über die verstaatlichten Produktionsmittel und muß deshalb als *Gesamt*-Bürokratie zwangsläufig „materiale Rationalität“ (10) in ihrem Handeln zur Geltung bringen, d.h. muß auf Wertungen bezogene Entscheidungen, die auf Interessen, Ideologien etc. basieren, die außerhalb des Horizonts formaler Rationalität stehen, treffen. Welche „wertenden Postulate“ sie ihren Entscheidungen auch immer zugrunde legen mag (und seien sie noch so „produktivistisch“), sie kommt um diese Postulate selbst nicht herum. Anders ausgedrückt: Für die Bürokratie als gesamtgesellschaftlich herrschende Schicht führt kein Weg am „Primat der Politik“ vorbei – sie selbst als herrschende *ist* dieses Primat. Damit aber steht die Gesamtbürokratie vor der Aufgabe, einen gemeinsamen Rationalitätsbezugspunkt zu finden. Sie kann diesen Bezugspunkt „nach außen“ verlagern, indem sie den Marktmechanismus simuliert, aber auch das ist eine – widerrufbare – politische Entscheidung. Sie kann verschiedene Rationalitätsbezugspunkte nebeneinander koexistieren lassen – eventuell um den Preis veringerteter Gesamtrationalität und vor allem unter dem Zwang, Regelungsmechanismen und gemeinsame Maßstäbe an den Konfliktstellen zu institutionalisieren. Oder eine bürokratische Fraktion kann ihre Rationalität zur herrschenden erheben, an der sich – im Zweifelsfall – sämtliche Bürokratiesektoren orientieren. Alle diese Möglichkeiten wurden in der sowjetischen Entwicklung durchgespielt.

Der Rationalitätskonflikt, in den sich eine – die unmittelbaren Produzenten ökonomisch und politisch expropriierende – Bürokratie notwendig begibt, trägt in sich bereits den Keim zur Spaltung, zur sozialen und politischen Differenzierung der Bürokratie in – wie dies Konrád/Szelényi ausdrückten (11) – Spezialisten des „telos“ und der „techné“, Fachintelligenz und Produzenten gesamtgesellschaftlicher Interpretationsmuster und Ziele. Diese Charakterisierung kann übernommen werden, wenn eben in die begriffliche Bestimmung aufgenommen wird, daß es sich bei

8 Vgl. M. Weber, „Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie“, 5. Aufl., Tübingen 1976, S. 124 - 130, 551 - 579, 825 - 837.

9 M. Weber, „Die ‚Objektivität‘ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis“, in: ders., „Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre“, 4. Aufl., Tübingen 1973, S. 164.

10 Vgl. Weber, „Wirtschaft und Gesellschaft“, a.a.O., S. 44.

11 G. Konrád/I. Szelényi, „Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht“, Frankfurt/M. 1978.

der Differenz zwischen beiden Funktionsgruppen nicht nur um eine Art gesellschaftlicher Arbeitsteilung in „Rezeptemacher“ und „Rezepteanwender“ handelt (die in jeder Gesellschaft, die über einen relevanten Sektor intellektueller Arbeit verfügt, anzutreffen ist), sondern auf Basis des „Primats der Politik“ um einen strukturellen gesellschaftlichen Gegensatz, der – wie zu zeigen sein wird – das Spezifische der Bürokratie sowjetischen Typs ausmacht.

Die einzelnen Fraktionen der Bürokratie sollen im folgenden bestimmt werden aufgrund ihrer Stellung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, ihrer sich daraus ergebenden funktionsspezifischen Handlungsorientierung (vermittelt über gesellschaftlichen Zwang zu entsprechendem Rollenverhalten) und – anknüpfend an Lukács' Begriff des Klassenbewußtseins (12) – ihrer sich daraus ergebenden Fähigkeit bzw. Unfähigkeit zu gesellschaftlichen Synthesis. D.h. der objektiven Möglichkeit, aus ihren Interessen und Handlungsorientierungen ein Projekt gesamtgesellschaftlicher Arbeitsteilung abzuleiten.

Anmerkung: In der theoretisch fundamentalen Frage, ob die sowjetische Bürokratie als „Schicht“ oder als „Klasse“ zu betrachten ist, werde ich mich im folgenden nicht „festlegen“. Dies bedarf der Erläuterung: Geht man allein von der Struktur des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses aus, dem Modus der Erzeugung und Aneignung des Mehrprodukts, so wäre meines Erachtens die sowjetische Bürokratie mit dem Übergang zum „Kriegskommunismus“ als herrschende Klasse zu bestimmen. Ich ziehe diese Konsequenz jedoch aus zwei Gründen nicht: Erstens weil es sich in der Frühphase der sowjetischen Entwicklung noch um einen un abgeschlossenen Prozeß der Etablierung der Bürokratie handelt, in dem andere Entwicklungsalternativen noch denkbar gewesen wären. Zweitens, weil sich – wie ich zeigen will – die Beziehung zwischen der innerbürokratisch dominierenden Partei und der Arbeiterklasse in dieser Periode nicht auf ein politisch abgesichertes Ausbeutungsverhältnis reduzieren läßt. Und schließlich, weil als Folge fehlender Differenzierung in diesen beiden Punkten der „stalinsche Bruch“ in den 30er Jahren in seiner klassenpolitischen Bedeutung verschleiert, wenn nicht überhaupt unverständlich würde. Es kommt aber bei der Analyse der sowjetischen Frühgeschichte gerade darauf an, nicht das Resultat des Prozesses vorschnell zu postulieren, sondern die Konstitutionsmomente des in der Tat historisch neuen Herrschaftssystems herauszuarbeiten.

Soweit – in der gebotenen Kürze – der allgemeine interpretatorische Rahmen der folgenden empirischen Darstellung. Als Zwischenschritt will ich versuchen, jene Teilspektoren der sowjetischen Bürokratie, die in der Leitung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses zentrale Positionen einnahmen (die technische Intelligenz, die Verwaltungintelligenz und die Partei) näher zu bestimmen. Soweit dabei auf empirische Tatbestände Bezug genommen wird, handelt es sich um die Periode nach der

12 Vgl. G. Lukács, „Klassenbewußtsein“, in: ders., „Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik“, Berlin 1923, S. 62: „Die Beziehung auf die konkrete Totalität und die aus ihr folgenden dialektischen Bestimmungen weisen über diese bloße Beschreibung hinaus und ergeben die Kategorie der objektiven Möglichkeit. Indem das Bewußtsein auf das Ganze der Gesellschaft bezogen wird, werden jene Gedanken, Empfindungen usw. erkannt, die die Menschen in einer bestimmten Lebenslage haben *würden*, wenn sie diese Lage, die sich aus ihr heraus ergebenden Interessen sowohl in bezug auf das unmittelbare Handeln wie auf den – diesen Interessen gemäßen – Aufbau der ganzen Gesellschaft *vollkommen zu erfassen fähig wären*; die Gedanken usw. also, die ihrer objektiven Lage angemessen sind.“

ersten Konsolidierungsphase und vor Beginn des Stalinismus, d.h. um die Periode der „Neuen Ökonomischen Politik“ (NEP).

Die *Verwaltungsintelligenz* organisiert den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß, dessen Ziele ihr de jure (durch den Sowjetkongreß bzw. – extra legem – die Partei) vorgegeben werden, wobei sie jedoch (gemeinsam mit der technischen bzw. der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz) durch Entscheidungsvorbereitung auch auf die Zielsetzung bedeutenden Einfluß nimmt. Von dieser Intelligenzschicht werden sämtliche Etappen des Reproduktionsprozesses (wenn auch nicht ausschließlich) reguliert: von der Konkretisierung der ersten Planentwürfe über das bargaining zwischen zentralen Verwaltungsbehörden und den Leitungen von Syndikaten (Einkaufs- und Verkaufsvereinigungen), Trusts und Betrieben bis zur Mittelvergabe, die Kontrolle über die Planerfüllung und die Prämierung. Für ihre Tätigkeit werden ihre Mitglieder mit Einkommen entlohnt, die selbst bei den unteren Verwaltungskadern in der Regel erheblich über den durchschnittlichen Arbeiterlöhnen oder gar den bäuerlichen Einkommen liegen.

Ihre funktionsspezifische Handlungsrationalität läßt sich wenigstens zu Teilen in den Kategorien der Weberschen Bürokratie-Soziologie beschreiben: ihre Mitglieder genießen nicht als Personen, sondern durch Qualifikation und Amt erworbene Autorität, stehen in einer arbeitsteilig strukturierten und nach Kompetenzen gestaffelten Amtshierarchie, unterliegen einer Amtspflicht und fixierten Regeln des bürokratischen Verkehrs, schätzen die Regelmäßigkeit und Kontinuität administrativen Handelns, sind gewohnt, nicht nach materialer, sondern nach formaler Rationalität vorzugehen und betonen die schriftliche, aktenmäßige Kommunikationsform bis zum Überdruß. Allerdings dürfen die Gemeinsamkeiten dieser Bürokratie mit dem Weberschen Idealtypus auch nicht übertrieben werden: wo er Streben nach Effizienz und Flexibilität und nach Rationalisierung der gesellschaftlichen und innerbürokratischen Beziehungen setzt, achtet diese Bürokratie auf möglichst doppelte und dreifache Bearbeitung aller „Vorgänge“, um so den Mangel an „Stabilität an Zukunftserwartung“ durch die Diffusion von Verantwortung zu kompensieren; statt Regelmäßigkeit und Unparteilichkeit gibt es Einflußbereiche, herrscht das Bestreben, im Aushandeln der Pläne etc. für die eigene Behörde möglichst viel herauszuholen und (vor allem gegen Ende der NEP) „Sicherheitspolster“ zu schaffen; statt strenger und loyaler Amtstreue kann bei keinem Dekret und keiner Verordnung davon ausgegangen werden, daß es auf unterer Ebene auch tatsächlich befolgt wird.

Stellt man die Frage, ob dieser bürokratische Sektor aus seiner Rationalität heraus zu einer eigenständigen gesellschaftlichen Synthesis in der Lage gewesen wäre, so läßt sich eine negative Antwort schon mit Max Weber begründen:

„Nicht, daß diese (die Funktionäre der öffentlichen Verwaltung – WS) keine ‚Politik‘ machen würden. Doch ihre Politik folgt Pfründnerinteressen, und sie führt damit zum Immobilismus und zur Befestigung des Status quo. Wie einst die Politik der chinesischen Mandarine, dient die der modernen patentierten Mandarine nicht vernünftiger Weltbeherrschung, sondern blinder Weltanpassung. Das muß nicht heißen, daß es den Menschen dabei materiell schlecht ginge. Doch alles ideelle Hinausgreifen über das Gegebene wäre verpönt und würde im Keim erstickt.“ (14)

14 W. Schluchter, „Aspekte bürokratischer Herrschaft“, München 1972, S. 116 f.

Hinzu kam das spezifisch russische „činovničestvo“, ressortegoistisches Beamtendenken, das direkt an Traditionen der patrimonialen Ministerialbürokratie zaristischer Zeit anknüpfen konnte (15), und das kein einheitliches (Standes- bzw.) Schicht-Interesse als Orientierung gesamtgesellschaftlich prägenden Handelns zuließ.

Die technische bzw. technisch-wissenschaftliche Intelligenz (die „Spezialisten“ im eigentlichen Sinne des Wortes), die in den Beraterstäben der einzelnen Behörden, in wissenschaftlichen Forschungsinstituten und in den Produktionseinheiten selbst tätig war, spielte vor allem im unmittelbaren Produktionsprozeß und in der Projektierung neuer Vorhaben (d.h. der produktiven Allokation des Mehrprodukts) eine bedeutende Rolle. In der laufenden (Re-)Produktion war sie einerseits Objekt des Verwaltungshandelns der Wirtschaftsbehörden, andererseits trug sie – auf betrieblicher Ebene – die Hauptlast der Vermittlung der Produktionsbeziehung zwischen Staat und Arbeiterschaft. Sie organisierte den Produktionsprozeß, setzte (in den 20er Jahren noch in Auseinandersetzung mit den Gewerkschaftsorganen) die „wissenschaftlichen Arbeitsnormen“ fest und war für den kontinuierlichen Produktionsablauf verantwortlich. An Rationalität und Effizienz dieses Produktionsprozesses, an seinem von „äußeren“ Störungen (auch durch die Wirtschaftsbehörden) freien Funktionieren orientiert sich diese Intelligenz. Standardformel zur Beschreibung ihrer Tätigkeit ist ihr – in den 20er Jahren – die „Liebe zur Sache“. Soweit diese Spezialisten eine über den jeweiligen Produktionsprozeß hinauszielende, gesamtgesellschaftliche Orientierung entwickelten, läßt sie sich – mit Azrael (16) – in der Argumentation zusammenfassen,

„daß der beste und wahrscheinlich einzige Weg zur Realisierung liberaler oder sozialistischer (im Sinne der Menschewiki – WS) Ziele in Rußland, die Stabilität der bolschewistischen Macht vorausgesetzt, war, alles Mögliche zu tun, um die ökonomische Entwicklung zu fördern. Eine solche Entwicklung würde unvermeidlich soziale und kulturelle Wandlungen von einer Art hervorbringen, die den revolutionären Bolschewismus historisch obsolet machen würde und seine Transformation in oder seine Ersetzung durch ein ‚angemesseneres‘ liberales oder sozialistisches Regime garantieren würde.“

Diese scheinbare Harmonie in der aktuellen Interessenlage darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Orientierung dieser Spezialisten auf ökonomisches Wachstum ein kritischer Maßstab zur Beurteilung der Parteipolitik enthalten war und daß es sich hier um eine Ausweitung fachspezifischer Rationalitätskriterien auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung handelte, die in höchst einflußreichen Kreisen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz (wie in der Wissenschaftlich-Technischen Verwaltung des Obersten Volkswirtschaftsrates der UdSSR oder der Allunions-Vereinigung der Ingenieure) bis zur offenen Forderung nach der Priorität „wissenschaftlicher“ Kriterien in der entwicklungspolitischen Entscheidungsfindung vorangetrieben wurde (17). Zugleich verbarg sich hierin, soweit die politische Bürokratie – sei es aufgrund ihrer Stellung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, sei es aufgrund

15 Vgl. M. Weber, a.a.O. S. 573, 621 ff.; Konrád/Szelényi, a.a.O., S. 146 f., 178 ff.

16 J. R. Azrael, „Managerial Power and Soviet Politics“, Cambridge/Mass. 1966, S. 38.

17 Vgl. K. E. Bales, „Technology and Society under Lenin and Stalin. Origins of the Soviet Technical Intelligentsia, 1917 - 1941“, Princeton N. J. 1978, S. 95 - 121.

ihrer spezifischen Interessenlage – andere Ziele als ökonomisches Wachstum verfolgte bzw. im Sinne dieser Wachstumsperspektive „irrational“ handelte, ein fundamentaler Zielkonflikt (18). Ein Zielkonflikt, der schon in den 20er Jahren vereinzelt in offener Kritik technischer Spezialisten an „bürokratischer Mißwirtschaft“ zum Ausdruck kam.

Die Möglichkeit dieses Konflikts – und auch die faktisch vorgetragene Forderung nach „wissenschaftlicher“ Zielbestimmung – besagt allerdings keineswegs, daß diese Spezialisten von ihrer funktionsspezifischen Handlungsorientierung her in der Lage gewesen wären, vermittels „technischer Rationalität“ auf die gesamtgesellschaftlich anstehenden Probleme der nachrevolutionären Sowjetunion eine Antwort zu finden. Auch die großartigsten technischen Projekte konnten nicht jene prinzipielle Schranke technischer Rationalität überwinden: daß sie Rationalität des Mitteleinsatzes und ihr der Zweck ihres Tuns äußerlich ist. Jenseits dieser Schranke aber waren die Mitglieder der technischen Intelligenz ebenso politische Forderungen aufstellende Sowjet-Bürger wie andere Schichten und Korporationen der Gesellschaft. Ihr spezifisches Gewicht war auf dieser Ebene (vor allem infolge des geringen Industrialisierungsgrades) nicht nur relativ schwach, sondern sie hatten auch – schließt man von ihrer Stellung im (Re-)Produktionsprozeß auf ihre Interessenlage – gesamtgesellschaftlich wenig anzubieten: die Ausweitung des Sektors industrieller Arbeit, die Aufrechterhaltung der betrieblichen Hierarchie, die Sicherung ihrer materiellen Privilegien, all dies waren Ziele, aus denen sich – zumindest in dem bäuerlichen Rußland der 20er Jahre – kein Projekt gesamtgesellschaftlicher Organisation ableiten ließ. Allenfalls ließe sich sagen, daß der scheinbaren Zweck-Freiheit der technischen Rationalität, die – als Ausdruck des „Verwertung suchenden Kapitals“ – „ökonomische Effizienz“ als obersten Zweck schon voraussetzt, stärker über den Markt vermittelte Produktionsbeziehungen und Allokationsentscheidungen eher entsprochen hätten (da hier „Sachzwänge“ scheinbar rein zur Geltung kommen), als der permanente Konflikt zwischen formaler Rationalität (als Domäne der technischen Intelligenz) und materialer Rationalität, wie er in einer Planwirtschaft unvermeidlich ist.

Hinsichtlich der, ausgehend von der funktionsspezifischen Handlungsorientierung gestellten, Frage nach der Fähigkeit zu gesellschaftlicher Synthesis, läßt sich für Verwaltungsentelligenz wie technische Intelligenz festhalten, daß sich diese Funktionsgruppen primär an formalen Rationalitätspostulaten orientierten bzw. ihrer Stellung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung nach, der sich daraus ergebenden Rollenzuschreibung und der Legitimation ihrer Position und ihres Tuns zu orientieren hatten, die weder per se noch nach den hinter ihnen stehenden Interessenlagen gesellschaftlich verallgemeinerungsfähig waren. Von diesen Funktionsgruppen her läßt sich – anders ausgedrückt – auch bei Abstraktion von den realen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen (dazu s. u.) kein die Totalität der Gesellschaft umfassendes Projekt gesellschaftlicher Organisation entfalten.

18 Um noch einmal mit Weber zu argumentieren: Er hatte (was sich im übrigen direkt aus der Unterscheidung von materialer und formaler Rationalität ergibt) darauf hingewiesen, daß der gute Beamte, im Unterschied zum Politiker, die Treue zur Institution über die Treue zur Sache stellen muß. Vgl. Weber, a.a.O., S. 833.

Die spezifische institutionelle Stellung der *Partei* läßt sich mit einem Trotzki-Zitat aus dem Jahre 1920 zusammenfassen:

„In den Händen der Partei wird die allgemeine Leitung konzentriert. Sie regiert nicht unmittelbar, weil ihr Apparat nicht darauf eingestellt ist. Aber ihr steht das entscheidende Wort in allen grundlegenden Fragen zu. Noch mehr, – unsere Praxis hat dazu geführt, daß überhaupt in allen Streitfragen, bei Konflikten zwischen den Behörden und persönlichen Konflikten in den Behörden das letzte Wort dem Zentralkomitee der Partei gehört. (...) Ein solches Regime ist nur möglich, wenn die Autorität der Partei unwidersprochen und ihre Disziplin tadellos ist.“ (19)

Als Grundcharakteristika der Stellung der Partei werden hier genannt: daß die Partei *nicht* Teil des Verwaltungsapparates ist, ihm gegenüber vielmehr die „allgemeine Leitung“ wahrnimmt, die Setzung der materialen Rationalitätspostulate (die Entscheidung „grundlegender Fragen“), und daß sie *die* Instanz zur Konfliktregelung ist, d.h. die eigentlich politische Instanz im gesamtinstitutionellen Gefüge, da in ihr bzw. über sie der Interessenausgleich und die Entscheidung zwischen unterschiedlichen Konzeptionen, Gesichtspunkten etc. stattfindet. Eingangs wurde versucht, das Dilemma einer herrschenden Bürokratie in dem Gegensatz von formaler und materialer Rationalität zu fassen. Die spezifische Stellung der Partei in der Gesamtbürokratie macht es nun gerade aus, als besonderer Teil dieser Bürokratie sich auf die materiale Rationalität zu „spezialisieren“. Daß sie innerbürokratisch und gesamtgesellschaftlich die notwendige Dominanz inne hat, um diese Funktion auszufüllen, und daß sie über eine entsprechende innere Kohärenz und Distanz zu den Teilbürokratien verfügt, um mehr zu sein als institutionelle Verdoppelung der bürokratischen Interessenfronten, kann zum Teil nur historisch erklärt werden. An dieser Stelle soll nur der unterschiedliche Charakter der Partei im Vergleich zu den anderen bürokratischen Teilspektoren erläutert und auf den zentralen Stellenwert der Ideologie für diese Position eingegangen werden.

Selbstverständlich genügt es, um gesellschaftlichen Zusammenhalt (der sich in kapitalistischen Gesellschaften naturwüchsig über den Markt konstituiert) zu stiften, nicht, irgendwelche materialen Postulate als gesamtgesellschaftlich verbindlich zu proklamieren. Vielmehr kommt es entscheidend darauf an, ob diese Postulate in einem gesellschaftlichen Entwurf verankert sind, der den verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren eine kohärente Perspektive zu geben vermag und der Interessen zum Ausdruck bringt, die sozioökonomisch, kulturell und politisch so stark verwurzelt sind, daß sie sich auch gegen anders geartete gesellschaftliche Teilinteressen durchzusetzen vermögen. Beiden Forderungen genügte der Marxismus als Leninismus in hervorragender Weise: gerade in der unmittelbar nachrevolutionären Situation war er ein exzellentes Instrument, um der freigesetzten revolutionären Energie eine Stoßrichtung zu geben, die verschiedenen gesellschaftlichen Umwälzungsprozesse zusammenzubinden, ihnen einen ihre jeweilige Bedeutung transzendierenden Sinn zu verleihen und sie damit selbst wieder – rückwirkend – in ihrer Qualität so zu verändern, daß sie Teil im großen Aufbauprozeß wurden. In diesem Sinne könnte man sagen, daß das Programm die Partei schuf und nicht umgekehrt. Diese Ideologie wurde getragen von einer Korporation eines ganz spezifischen Typus von Funktionären:

19 L. Trotzki, „Terrorismus und Kommunismus. Anti-Kautsky“, Hamburg 1920, S. 87.

Menschen, die auf Basis politischer Loyalität gegenüber der Parteiführung, ihrer Fähigkeit zu synthetischem Denken und/oder ihrer organisatorischen Qualifikation aufgestiegen waren und deren spezifische Fertigkeit in „Anleitung“ bestand. Von den anderen Bürokratiesektoren unterschied sie sich aber nicht nur durch ihre Kooperationskriterien, sondern vor allem auch durch ein spezifisches Verhältnis zur Arbeiterklasse, der entscheidenden hegemonialen Kraft der Revolutionen des Jahres 1917, das zum einen darin bestand, daß sie sich – aufgrund ihrer Zusammensetzung und der Herkunft eines großen Teils ihrer Kader – als Teil dieser Klasse präsentieren konnte und daß ihre Programmatik es ihr gestattete, auf zwei Klavieren zugleich zu spielen: sich als Verkörperung der Gesamt- und langfristigen Interessen des Proletariats auszugeben und aktuell als selbständige Korporation zu agieren, die keiner Kontrolle durch die wirkliche Klasse unterlag (20).

Die Partei gab als ideologische und organisatorische „Elite“ gesamtgesellschaftlich verbindlich Interpretationsmuster, Normen und Orientierungen vor und sicherte – in begrenztem Rahmen – auch den organisatorischen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Solange sich aus der Rationalität der einzelnen Fachbürokratien – wenn überhaupt – nur gesellschaftliche Synthesis über den Markt ableiten ließ (was aus verschiedenen Gründen zumindest für die Arbeiterklasse und Teile der Bürokratie selbst keine akzeptable Lösung war) und solange keine Vergesellschaftung „von unten“ möglich war und/oder eine solche Vergesellschaftung ihren potentiellen Trägern wie deren Führungen als unmöglich erschien, solange wuchs diese „Vergesellschaftung von oben“ der Partei fast von selbst zu, *Deshalb* konnte es geschichtsmächtig werden, daß dieser Anspruch und diese Perspektive in der Parteiideologie als Bestimmung des Verhältnisses zur Arbeiterklasse (als deren bewußtesten und führenden Teil sich die Partei verstand) wie zur Gesamtgesellschaft, speziell zur Bauernschaft (als „Diktatur des Proletariats“ vermittels der Partei) entweder von Anfang an enthalten war oder sich ohne große Schwierigkeiten in sie integrieren ließ.

In dieser Argumentation sind in die funktionale Bestimmung der Partei bereits stark historisch spezifische Bedingungen eingegangen. An allgemeinen Bestimmungen ist an dieser Stelle festzuhalten, daß die Partei als Teil der Bürokratie in der Wahrnehmung teleologischer Funktionen eine besondere Position einnimmt und daß dies aufbaut auf dem spezifischen Verhältnis der Partei zur Arbeiterklasse und auf der gesellschaftlichen Verallgemeinerungsfähigkeit der Parteirationalität.

Wurde bisher versucht, konstitutive Elemente des nachrevolutionären Herrschaftssystems wesentlich funktional zu bestimmen, so soll im folgenden Abschnitt zweierlei geleistet werden: die Genesis dessen, was im Resultat als funktional erscheint, nachzuvollziehen und dieses Interpretationsmodell an einzelnen Phasen der

20 Ebd., S. 89: „Die Kautskyner beschuldigen die Sowjetmacht, die Diktatur eines ‚Teils‘ der Arbeiterklasse zu sein. ‚Wenn die Diktatur‘, sagen sie, ‚wenigstens von der *ganzen* Klasse durchgeführt würde‘. Es ist nicht leicht zu begreifen, was sie sich darunter eigentlich vorstellen. Die Diktatur des Proletariats bedeutet ihrem innersten Wesen nach die unmittelbare Herrschaft des revolutionären Vortrupps, der sich auf die schweren Massen stützt und erforderlichenfalls das zurückgebliebene Ende zwingt, sich nach der Spitze zu richten.“

sowjetischen Entwicklung zu überprüfen und zentrale Probleme dieser Epoche entwicklungsgeschichtlich einzuordnen.

III

1. An der Wiege der sowjetischen Bürokratie (wie anderer Bürokratien in nicht-kapitalistischen „Entwicklungsländern“) stand der nach der Zerschlagung des alten Staats (bzw. der Vertreibung der Kolonialmacht) offenbar werdende Zerfall gesellschaftlichen Zusammenhangs. Dieser Zusammenhang war den sozioökonomischen Grundeinheiten (den Dorfgemeinden, den kleinen Handwerkern, aber auch den Industrieregionen) „von oben“ aufoktroiert (bzw. durch die unmittelbare Integration bestimmter Branchen in den Weltmarkt überhaupt inexistent), war eher Enteignungszusammenhang als reale gesellschaftliche Arbeitsteilung gewesen, d.h. entsprach keiner sozioökonomischen Integration der „Nation“. Übergreifende Formen gesellschaftlich-politischen Zusammenhangs konnten deshalb nicht unmittelbarer Ausdruck der gegebenen sozioökonomischen Verhältnisse und ihrer Träger sein, sondern eilten diesen Verhältnissen gewissermaßen voraus und hätten für einen nationalen Zentralisierungsprozeß „von unten“ ein außerordentlich hohes kulturelles und politisches Niveau der unmittelbaren Produzenten vorausgesetzt. Auf die russischen Verhältnisse bezogen, ist es eine nicht zu beantwortende Frage, ob es möglich gewesen wäre, aufbauend auf Bauern- und Arbeiter-Räten oder -Kommunen ein „wahrhaft demokratisches Gemeinwesen“ politisch zu etablieren. Ansätze dazu existierten in der Orientierung am revolutionären Petrograd, in dem Aufbau eines demokratischen Rätessystems im Ural und verschiedener anderer Initiativen zweifellos. Aber mit dem Beginn von Intervention und Bürgerkrieg war die Entscheidung (die durch die Auseinandersetzung zwischen dem Rat der Volkskommissare und dem durch den Räte-Kongreß gewählten Zentralen Exekutivkomitee im Dezember 1917, durch den Aufbau des Obersten Volkswirtschaftsrates von oben her, durch die Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaften und Betriebskomitees und durch den Kurswechsel der SDAPR(B) im März 1918 vorbereitet wurde) endgültig gefallen: Die Sicherung der revolutionären Errungenschaften gegen die Bedrohung von außen machte die beschleunigte Etablierung einer zentralisierten Staatsmacht für die Arbeiterklasse und die Bauernschaft zu einer einsehbaren Notwendigkeit und garantierte der sich etablierenden Schicht von Verwaltungsbeamten, Militärs und Parteifunktionären zumindest vorübergehend breite Unterstützung. Organisatorisch schlagkräftige Apparate zur Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts konnten prinzipiell auf zwei heteronomen Grundlagen aufbauen: der im nationalen Maßstab organisierten und eine relativ einheitliche politische Identität aufweisenden Kommunistischen Partei und/oder den Beamten und Spezialisten des alten zaristischen Staatsapparats und des kapitalistischen Sektors der vorrevolutionären Gesellschaft. Eine Alleinherrschaft von Teilen der ehemals herrschenden Klassen (in Koalition mit der – sich in dieser Frage aktuell neutral verhaltenden (21) – technischen Intelligenz), zu der der

21 Vgl. Bales, a.a.O., S. 22.

Kornilov-Putsch im August/September 1917 einen Ansatz bildete (22), wäre nur gegen die revoltierenden Bauern und Arbeiter durchzusetzen gewesen. Dazu aber fehlte es an den entsprechenden (militärischen, ökonomischen, politischen) Voraussetzungen. Demgegenüber repräsentierte die bolschewistische Partei eine Politik, die positiv an den Aufstand anknüpfte und ihm eine kohärente Stoßrichtung zu geben vermochte. Daß es vor allem dieses Moment war, das die Dominanz der Partei sicherte, wird belegt durch die quantitative, organisatorische und binnenkommunikatorische Schwäche der bolschewistischen Partei 1917 (23), die in gar keinem Verhältnis zu ihrem politischen Gewicht stand. Die ideologische Dominanz der Partei gegenüber anderen Machtanwärtern aus den Reihen der künftigen Bürokratie wurde noch dadurch potenziert, daß sie aufgrund ihrer spezifischen Rekrutierungsmechanismen (die selbstverständlich vor dem Hintergrund der allgemein revolutionären Stimmung im Land zu sehen sind) in der Lage war, innerhalb kurzer Zeit in einem Ausmaß zu wachsen, das für Bürokratien, die auf „Wissen“ basieren, völlig unerreichbar war, und damit auch organisatorisch die Dominanz zu erringen. Und schließlich war die Partei als einzige gesellschaftliche Kraft im Land dazu in der Lage *und* dazu legitimiert, Macht auszuüben. Ihre Legitimation ergab sich aus ihrer historischen Tradition, der erprobten revolutionären Integrität ihrer Führer, ihrer damals überwiegend proletarischen Zusammensetzung (wenn die Arbeiter in den Leitungskörperschaften auch eine Minorität bildeten), die es ihr gestattete, sich als Teil der Arbeiterklasse zu präsentieren, und ihrem Programm (wenn auch das formelle Parteiprogramm längst irrelevant geworden war, so doch dem „Programm“ in Form der ZK-Beschlüsse, der „Pravda“-Leitartikel, der Reden Lenins und Trotzki's etc.).

Zusammenfassend: Spätestens mit dem Beginn des Bürgerkrieges wurde ein gesamtstaatlicher Prozeß politischer und organisatorischer Zentralisierung unabweisbar. Die bolschewistische Partei konnte in diesem Prozeß vor allem wegen zwei – realgeschichtlich nicht voneinander zu trennenden – Bedingungen die Dominanz erringen: ihrer sozialen Veränderung in der Arbeiterklasse und ihrem politischen Vermögen, eine gesamtgesellschaftliche Perspektive zu entwickeln, in die die Hauptströmungen der im Aufstand befindlichen Teile der Gesellschaft integriert werden konnten und die den anderen Teilen der sich etablierenden Bürokratie sowohl mit negativen Sanktionen drohte wie positive Bezugspunkte (materiale Postulate) für ihr Handeln bot.

2. Die Politik des „Kriegskommunismus“ erwies sich in politischer wie ökonomischer Hinsicht als eine Politik, die nur durch spezifische historische Umstände – die Nachbeben des revolutionären Ausbruchs von 1917/18 und die Bedrohung von

22 Vgl. L. Trotzki, „Geschichte der russischen Revolution“, Frankfurt/M. 1973, S. 556 ff. Miljukow, seinerzeit Führer der stärksten bürgerlichen Partei, der „Konstitutionellen Demokraten“, meint in einer Darstellung der russischen Revolution, aufgrund des ungeschickten Vorgehens der Verschwörer habe sich „leider (...) keine gemeinsame Front von Kerenski bis Kornilov als möglich erwiesen, und von einer Art Instinkt geleitet, entschlossen sich die Massen – denn es waren die Massen, bei denen die Entscheidung lag – für Lenin.“ P. Miljukow, „Rußlands Zusammenbruch“, Bd. 1, Stuttgart/Leipzig/Berlin 1925, S. 38.

23 Vgl. T. Cliff, „Lenin. Vol. II. All Power to the Soviets“, London 1976, chap. 8.

außen – ermöglicht wurde und die nicht geeignet war, nach dem Ende des Bürgerkriegs den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter zu garantieren. Es zeigte sich, daß die bürokratische Zentralisierung als Versuch, sozioökonomische Rückständigkeit und Zersplitterung von oben her aufzuheben, zu Eingriffen in das Produktionsgeschehen führte, die deren Produktionslogik paralyisierten, ohne einen neuen Bezugsrahmen an ihre Stelle zu setzen. D.h. kurzfristig wurde zwar eine sehr rohe Form gesellschaftlicher Arbeitsteilung eingerichtet (Der Bauer produziert – der Staat expropriert und konsumiert), die aber mittelfristig in ihr Gegenteil umschlug: Indem der Bauer, sei es aus eigenem Antrieb, sei es, weil auch sein Saatgut, sein Zugvieh etc. beschlagnahmt worden war, nur noch für den eigenen Bedarf produzierte, zerfiel gesellschaftliche Arbeitsteilung. Das Gleiche galt für die Industrie: Auf einem höheren Integrationsniveau gesellschaftlicher Arbeitsteilung führte die zentralistische Struktur der Produktionsplanung und -verwaltung und des Distributionswesens zur Destruktion der Produktivkräfte und zur Regression der Produktionsverhältnisse (bis zum Übergang zu einfacher Warenproduktion und naturalem Warenaustausch in der „Großindustrie“).

Zudem funktionierte die Legitimationsgrundlage verselbständigter Staatsgewalt, die Aufrechterhaltung staatlichen Zusammenhalts in Abwehr einer „Rückkehr der alten Herren“, nur solange, wie die Bedrohung von außen real spürbar war. Schon die massenhaften Desertionen aus der Roten Armee 1919, vor allem aber die Streiks der Industriearbeiterschaft und die Bauernaufstände im Winter 1920/21 demonstrierten drastisch, daß außerökonomischer Zwang kein hinreichendes Mittel zur „Vergesellschaftung“ der Produktion und noch nicht einmal zur Verstaatlichung des Mehrprodukts war und daß – trotz des Siegs im Bürgerkriegs – diese Gesellschaft noch keine Konsens stiftende Identität gefunden hatte (24).

Angesichts dieser Situation schlug die Partei- und Staatsführung eine Politik von hoher Ambiguität ein: einerseits wurde den einzelnen Sektoren gesellschaftlicher Arbeitsteilung die Freiheit gelassen, entsprechend ihren jeweiligen wirtschaftlichen bzw. funktionsspezifischen Interessen zu verfahren. Andererseits wurde das politische Monopol der Partei und ihrer Führung beibehalten und ausgebaut (Parteisäuberung; Parteireform; Fraktionsverbot; Verfolgung der verbliebenen Menschewiki und Sozialisten-Revolutionäre) (25). Am offensichtlichsten war der erstere Strang, die ökonomische „Liberalisierung“, im Verhältnis zur Bauernschaft: Abschaffung der Zwangsrequisition des Mehrprodukts, Übergang zu einer im voraus bekannten, prozentualen Steuer und Zulassung des freien Handels. Ihren synthetischen Ausdruck fand diese Politik in der Parole vom „Bündnis mit der Bauernschaft“, der „smyčka“; die ihr zugrunde liegende Handlungsorientierung der Bauernwirtschaften

24 Zur Ökonomie des „Kriegskommunismus“ vgl. L. N. Kritzman, „Die heroische Periode der großen russischen Revolution“, Frankfurt/M. 1971; zu den Unruhen am Ende des „Kriegskommunismus“ vgl. G. Meyer, „Studien zur sozialökonomischen Entwicklung Sowjetrußlands 1921 - 1923“, Köln 1974, S. 77 ff.; zur Roten Armee vgl. Fedotoff-White, „The Growth of the Red Army“, Princeton 1944, S. 102 f.

25 Vgl. Meyer, a.a.O., S. 528 ff.; R. V. Daniels, „The Conscience of the Revolution. Communist Opposition in Soviet Russia“, New York 1969, S. 137 ff., 156 ff.

wurde in Bucharins berühmter Parole „Bereichert Euch!“ treffend zusammengefaßt (26). Die Arbeiterklasse wurde zwar im Produktionsbereich auf den Status von Lohnarbeitern reduziert, zugleich aber war ihre ökonomische Interessenvertretung noch relativ erfolgreich

(Versuche der Parteiführung, Mitte der 20er Jahre einen Lohnstop durchzusetzen, scheiterten an dem gemeinsamen Widerstand der Betriebsbelegschaften, der Gewerkschaften und der innerparteilichen Opposition)

und das innerbetriebliche Kräfteverhältnis zwischen Management und Arbeiterschaft war

(aus produktionsorganisatorischen Gründen: die Produktion trug noch stark Werkstatt- und Handwerkscharakter, der Betrieb funktionierte noch nicht als arbeitsteiliger Gesamtmechanismus, und aus politischen Gründen: eine kampferprobte Arbeiterschaft stand politisch demoralisierten und isolierten „Spezialisten“ gegenüber und hatte zudem in den Basiseinheiten von Partei und Gewerkschaft wenigstens partiell noch effektive Interessenorgane)

so instabil, daß keine Seite ihre Interessen und ihre Rationalität der anderen diktieren konnte. Die betriebliche technische Intelligenz schließlich wurde zwar unter die Kuratel eines Parteivertreters, des „Roten Direktors“, und einer wachsenden Anzahl von Kontrollorganen aus Partei, Staatsapparat und Gewerkschaften gestellt, ihre Orientierung auf die technische Rationalität des Produktionsprozesses hatte jedoch in „kommerzieller Rechnungsführung“ und der Forderung nach „Rentabilität“ der Betriebe einen gesellschaftlich sanktionierten Bezugspunkt.

Die so in relativer Autonomie belassenen gesellschaftlichen Teilsektoren unterstanden einer Partei, die nicht nur durch Besetzung der „Kommandohöhen der Wirtschaft“ gesamtgesellschaftliche Kontrolle aufrechtzuerhalten suchte, sondern sehr viel weitergehende Ansprüche gesellschaftlicher Steuerung vertrat. In aller Deutlichkeit formulierte dies etwa ihr Generalsekretär:

„Es ist dies schließlich die *Partei* des Proletariats, seine Avantgarde. Ihre Kraft besteht darin, daß sie die Besten des Proletariats aus allen seinen Massenorganisationen in sich aufnimmt. Ihre Bestimmung ist es, die Arbeit aller Massenorganisationen des Proletariats ohne Ausnahme *zusammenzufassen* und deren Tätigkeit auf ein Ziel, auf das Ziel der Befreiung des Proletariats, *zu richten*. (...)

Das bedeutet natürlich nicht, daß die Partei die Gewerkschaften, die Sowjets und die anderen Massenorganisationen ersetzen kann oder soll. Die Partei verwirklicht die Diktatur des Proletariats. Aber sie verwirklicht sie nicht unmittelbar, sondern mit Hilfe der Gewerkschaften, durch die Sowjets und deren Verzweigungen. Ohne diese ‚Transmissionen‘ würde eine einigermaßen feste Diktatur unmöglich sein. (...)

Als höchster Ausdruck der führenden Rolle der Partei, z.B. bei uns, in der Sowjetunion, im Lande der Diktatur des Proletariats, muß die Tatsache bezeichnet werden, daß keine einzige wichtige politische oder organisatorische Frage durch unsere Sowjet- und andere Massenorganisationen ohne leitende Weisungen der Partei entschieden wird. In *diesem* Sinne könnte man sa-

26 Bucharin hat diesen Slogan, mit dem er die NEP in Kontinuität zur Politik des „Bürgerkönigs“ Louis Philippe I. stellte (dessen „Enrichissez vous!“ galt allerdings dem Finanzkapital), sehr bald aus Gründen politischer Opportunität widerrufen. Er entsprach aber völlig der Logik der ökonomischen Aufbaukonzeption dieses Chef-Ideologen der NEP. Vgl. W. Süß, „N. I. Bucharin – Gesellschaftliches Gleichgewicht und proletarische Revolution“, Berlin 1976, S. 120 ff.

gen, daß die Diktatur des Proletariats *dem Wesen nach* die ‚Diktatur‘ seiner Avantgarde, die ‚Diktatur‘ seiner Partei als der grundlegenden führenden Kraft des Proletariats ist.“ (27)

Dieser Anspruch war allerdings zum damaligen Zeitpunkt in doppelter Hinsicht irreal: Erstens war die Partei Mitte der 20er Jahre keineswegs jene einheitlich agierende Körperschaft, als die sie Stalin („idealtypisch“?) darzustellen suchte. Sie war vielmehr nicht nur – gerade in ihren Führungsgremien – in politische Fraktionen gespalten, sondern zerfiel zudem in einzelne Machtzentren: das (in sich selbst nicht einheitliche) Politbüro, das Zentralkomitee, die Moskauer Parteiorganisation, die Leningrader Parteiorganisation, das Organisationsbüro, die Parteivertreter in den Führungsgremien der Wirtschaft, der Gewerkschaften, des Kommunistischen Jugendverbandes etc. etc. Selbstverständlich war das Machtpotential dieser Gremien und Sub-Organisationen unterschiedlich, zudem waren sie untereinander zum Teil personell eng verflochten – insgesamt aber bot diese Partei weit eher das Bild einer oligarchischen, denn einer monolithischen Organisation (28). Zweitens hatte die Parteiführung zwar die „Richtlinienkompetenz“, sie teilte real aber die Macht (und die Privilegien) mit anderen bürokratischen Sektoren, die – und das ist entscheidend – eigenen Rationalitätsbezugspunkten folgten, die – gerade soweit sie in formaler Rationalität verblieben – immer aufs Neue konfliktieren mußten mit dem Bemühen der Partei, auf allen institutionellen Ebenen materiale Rationalität (sei es als innovativer Druck, als politisches Mißtrauen, als „Antibürokratismus“, als partielle Gebrauchswertplanung oder wie auch immer) zum Tragen zu bringen. Wo sich aber dieser permanente Konflikt zu unterschiedlichen Konzeptionen gesellschaftlicher Synthesis zu verdichten drohte, konkreter gesprochen: wo die Fachintelligenz eine von der Partei unabhängige (ohne sie denkbare) gesamtgesellschaftliche Orientierung anvisierte, da geriet auch diese Richtlinienkompetenz der Partei in Gefahr, „überflüssig“ zu wirken, zeichnete sich ein Machtkampf innerhalb der herrschenden Bürokratie selbst ab.

Ehe darauf jedoch noch näher eingegangen wird, muß die Charakterisierung der Partei als (scheinbar überflüssiger – ?) bürokratischer Superstruktur ergänzt werden durch die Inbezugsetzung dieser Partei zur Arbeiterklasse, aus deren Kampf sie – wenigstens zum Teil – hervorgegangen war und auf die sie sich weiterhin berief. Zwar hatte sich die Partei bis Mitte der 20er Jahre „entproletarisiert“ (das „Lenin-Aufgebot“ 1924 stoppte diesen Prozeß nur statistisch bzw. nur in den Basiseinheiten, vor allem den Betrieben) und entdemokratisiert: Die Schicht, die auf den faktischen, innerparteilichen Entscheidungsprozeß Einfluß nehmen konnte, bestand aus revolutionären Intellektuellen und ehemaligen Arbeitern, die längst im Verwaltungs- und im Parteiapparat oder im Militär hauptberufliche Funktionärsposten einnahmen (29). D. h. als politischer Mechanismus war die Partei zu einem Teil der

27 J. Stalin, „Zu den Fragen des Leninismus“ (1926), in: ders., „Fragen des Leninismus“, Berlin (DDR) 1951, S. 150 - 152.

28 Vgl. T. H. Rigby, „Stalinism and the Mono-Organizational Society“, in: R. C. Tucker (ed.), a.a.O., S. 64 - 74.

29 Keinen Zweifel gab sich in dieser Hinsicht Lenin hin. Im März 1922 schrieb er an Molotov: „Wenn man nicht vor der Wirklichkeit die Augen schließt, muß man zugeben, daß

sich konsolidierenden Bürokratie geworden – zu einem deutlich abgrenzbaren Teil mit einem spezifischen Funktionsbereich, eigener sozialer Basis und eigener Handlungsrationalität. Andererseits gewann noch ein erheblicher Teil der Mitglieder und der Führung der Partei seine politische Identität daraus, daß er sich als „forgeschrittenster Teil der Klasse“ begriff, und mußte, um der Legitimation seiner Dominanzposition gegenüber der Restbürokratie willen, diese Identität aufrechtzuerhalten suchen. Die spezifische Qualifikation der Parteifunktionäre (bzw. der Parteimitglieder, die auf leitende Verwaltungsposten etc. gestellt wurden) verhinderten zudem auch für die einzelnen Individuen einen schnellen Wechsel ins Lager der Fachbürokratie. Für den Spielraum innerparteilicher Auseinandersetzungen hatte das bedeutsame Konsequenzen: Keine der Fraktionen konnte es sich – im Interesse der Partei insgesamt wie dem ihrer einzelnen Mitglieder – leisten, eine Politik zu vertreten, die einen offenen Konflikt mit der Arbeiterklasse provoziert hätte. Umgekehrt läßt sich die Wirksamkeit der Verbindung zwischen Arbeiterklasse und Partei an verschiedenen Indizien ablesen: den trotz Arbeitslosigkeit steigenden Realeinkommen, der Anhebung der Löhne gerade der untersten Lohngruppen, vielfältige soziale und kulturelle Maßnahmen zur Hebung des Lebensstandards der Arbeiterschaft, die hohe vertikale Mobilität etc. Hier existierten ganz deutlich noch Barrieren gegen einen ungehemmten Akkumulationsprozeß auf Kosten der Arbeiterschaft, die allein durch politische Willensakte nicht zu überwinden waren, sondern strukturelle Veränderungen innerparteilicher Art, im Verhältnis zwischen Partei und Fachbürokratie, in der Funktionsbestimmung der Gewerkschaften und in der Produktionsorganisation erforderlich machten.

Zusammenfassend ergibt sich folgende Funktionsbeschreibung der Partei innerhalb des bürokratischen Herrschaftssystems: Erstens sicherte sie dem Regime historische Identität und damit auch eine relative soziale Stabilität, da sie die bestehende Gesellschaftsstruktur in Kontinuität zu dem revolutionären Umbruch 1917/18 stellte, dessen Ziele zumindest ideologisch tradierte und in eine Perspektive gesamtgesellschaftlicher Entwicklung integrierte. Zweitens stiftete sie damit primär ideologisch, dann aber auch manifest organisatorisch den gesellschaftlichen Zusammenhang (soweit er während der NEP nicht durch den Markt vermittelt war) als Orientierungszusammenhang und setzte die Normen gesellschaftlichen Zusammenlebens. Drittens wirkte sie gegenüber der Arbeiterklasse in mehrfacher Hinsicht integrativ: ihren aktivsten Teilen bot sie die Perspektive schnellen sozialen Aufstiegs (und entwarfnete damit zugleich den Rest), verglichen mit den anderen Teilen der Bürokratie konnte sie sich als Sachwalterin proletarischer Interessen präsentieren und in umgekehrter Richtung war sie in der Lage, der Entfaltung einer industriellen Arbeitsethik (als „sozialistische Arbeitsmoral“) eine legitimatorische Grundlage zu verleihen, d.h. über ökonomischen und disziplinarischen Druck hinaus positive Gründe für eine Verinnerlichung neuer Verhaltensweisen zu benennen. Gerade in letzterer

gegenwärtig die proletarische Politik der Partei nicht durch ihre Zusammensetzung, sondern durch die gewaltige, ungeschmälerete Autorität jener ganz dünnen Schicht bestimmt wird, die man die alte Parteigarde nennen kann.“ W. I. Lenin, „Über den Parteiaufbau“, Berlin (DDR) 1958, S. 786.

Hinsicht ist dabei mit in Betracht zu ziehen, daß aufgrund der Produktions- und Arbeitsorganisationen in den sowjetischen Betrieben der 20er Jahre die Möglichkeiten, durch administrative und ökonomische Maßnahmen höhere Leistungen zu erzwingen, außerordentlich begrenzt waren. Viertens erfüllte sie gegenüber dem technischen und verwaltungsorganisatorischen Konservatismus der einzelnen Teilbürokratien, der auch schon in den 20er Jahren nur zu einem geringen Maß durch den Markt gehemmt wurde (u.a. deshalb, weil der „Warenhunger“ und der Konzentrationsprozeß in Produktion und Distribution den Verkäufern von Industriewaren eine monopolistische Position brachte), die Funktion innovatorischen Drucks sowohl mit Hilfe spezifischer, extra-institutioneller Einrichtungen wie der „Arbeiter- und Bauernkontrolle“ und über die Partei vermittelter Massenkampagnen (Kampagne für ein „Sparsamkeitsregime“ 1926; Rationalisierungs-Kampagne 1927/28). Fünftens übte sie in den einzelnen Teilbürokratien durch ihre Vertreter – wie z.B. die kommunistischen Trustvorsitzenden und die Roten Direktoren – unmittelbare politische Kontrolle aus und zwar typischerweise – wie in der Gesamtgesellschaft – auf den Posten, an denen die Teilaspekte der Arbeit der jeweiligen Einheit zusammenflossen, d.h. in der Regel auf den höheren Positionen in der administrativen Linie (so stand z.B. über den in der Regel parteilosen betrieblichen Fachkadern – Technischer Direktor, Hauptbuchhalter, Kommerzieller Direktor, die von ihren Funktionsbereichen her einer unterschiedlichen Orientierung folgten – als synthetisierende Instanz der Rote Direktor).

Der Partei kam somit im gesamtgesellschaftlichen System eine spezifische Position zu: sie war Träger der Teleologie gesellschaftlicher Entwicklung und – schon um ihre eigene Position zu legitimieren und ihre Mitglieder zu integrieren – gezwungen, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu transzendieren – und wenn sie dies auch in einer ökonomistischen bzw. produktivistischen Form ausdrückte, die verriet, daß sie auch intentional nicht gewillt war, auf vertikaler gesellschaftlicher Arbeitsteilung basierende Herrschaft aufzuheben, war dieser Ökonomismus bzw. Produktivismus doch nur Mittel, um spezifische und weiterreichende Herrschaftsansprüche auch gegenüber den anderen Teilen der Bürokratie geltend zu machen. D.h. in einem Satz zusammengefaßt: die Rationalität von Parteihandeln läßt sich nicht auf ökonomische, technische oder Verwaltungs-Rationalität reduzieren, sondern bedient sich ihrer nur in einem System, in dem das Gesamtinteresse der Bürokratie an Aufrechterhaltung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse in der Partei gesonderte Gestalt angenommen hat. Bedingung dieser Besonderung war, daß die Partei als Bürokratie sich auf eine eigene soziale Basis, die Arbeiterklasse, stützen konnte, deren Rebellion *und* Integration ihr die Dominanz sicherte. D.h. zugleich, daß es in der Logik dieses Doppelspiels der Partei als Bürokratie lag, jede andere organisierte politische Artikulationsform der Arbeiterklasse zu unterdrücken, da sonst die Fiktion, daß die Arbeiterklasse (über „ihre“ Partei) an der Macht ist und doch nicht an der Macht ist, kaum aufrechtzuerhalten war, und jeder erfolgreiche Versuch einer alternativen politischen, gesamtgesellschaftlichen Synthese (unabhängig von seiner Realisierbarkeit, die nur in der Praxis erprobt werden konnte) die Legitimationsgrundlage der Parteiherrschaft in ihrem Kern treffen mußte.

Ansatzpunkte zu einer Einschränkung der Monopolisierung materialer Rationalität durch die Partei existierten während der NEP wesentlich auf zwei Ebenen: als verselbständigte formale Markt-Rationalität und als technokratische Synthese. Erstens schränkte der Umstand, daß ein erheblicher Teil der gesellschaftlichen Arbeitsteilung über den Markt und nach seinen Gesetzen abgewickelt wurde, die Möglichkeit bewußter Steuerung gesellschaftlicher Entwicklungsdynamik erheblich ein (deutlich ablesbar z.B. an der chronischen Krise der Schwerindustrie während der NEP, der zunehmenden sozialen Differenzierung auf dem Land oder der städtischen Arbeitslosigkeit). Die Frage, wieweit sich die Partei in ihrer Politik dieser Eigengesetzlichkeit des Marktes unterzuordnen und damit ihren Führungsanspruch praktisch einzuschränken habe, war während der NEP immer virulent. Dieser Widerspruch zwischen Plan und Markt äußerte sich – zweitens – Mitte der 20er Jahre als Auseinandersetzung darüber, ob die gesamtwirtschaftliche Planung in der UdSSR „genetischen“ (d.h. genauer gesprochen: prognostischen) oder „teleologischen“ Charakter zu tragen habe. Obwohl die Front zum Teil personell durch die Partei lief, scheint es mir möglich, diese Debatte als Auseinandersetzung zwischen Partei und Fachintelligenz um die Führungskompetenz der Partei zu interpretieren. Der Charakter dieser Auseinandersetzung wurde exemplarisch deutlich auf einer Sitzung der „Kommunistischen Akademie“ 1928, die der Diskussion des 1. Fünfjahresplans gewidmet war (30). In dieser Diskussion vertrat der Parteiintellektuelle und Wirtschaftstheoretiker Strumilin die „teleologische“ Richtung, derzufolge Produktion und Akkumulation der einzelnen Sektoren und Branchen von politisch gesetzten, gesamtwirtschaftlichen Entwicklungszielen her zu bestimmen seien. Darüber hinaus aber vertrat Strumilin als offizieller Referent die These, daß angesichts der durch den 15. Parteitag gestellten Industrialisierungsaufgaben und dessen, daß der Parteitag die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion festgestellt habe, auch die Wissenschaft nur Hilfsfunktionen bei der Realisierung dieser Aufgabe habe, im Verhältnis zu den politischen Instanzen „Dienerin“ sei (31). Darauf antwortete ihm der Wirtschaftstheoretiker Bazarov in einer geharnischten Replik, die deshalb ausführlich zitiert werden soll, weil in ihr zugleich eine mit diesem Totalitätsanspruch sonst kaum anzutreffende Proklamation wissenschaftlich-technischer Rationalität, einer wissenschaftlichen „gesellschaftlichen Synthesis“, formuliert wurde, in dem die Emanzipation der unmittelbaren Produzenten eine ebenso geringe Rolle spielte wie im Partei-Kalkül, in der aber zugleich der Herrschaftsanspruch der Partei eindeutig negiert wurde (32):

„Wie wir sehen, charakterisierten Marx und Engels ihre Lehre mit Stolz als ‚wissenschaftlich‘. Wäre das möglich gewesen, wenn sie die Wissenschaft als ‚Dienerin‘ sozialistischer verbindlicher Richtlinien betrachtet hätten. Natürlich nicht. (...)

Die These, daß die Wissenschaft die Dienerin gewisser unanfechtbarer Direktiven ist, hat ihren Ursprung nicht bei den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus. Sie hat einen weit

30 „O Pjatiletnom plane razvitija narodnogo chozjajstva SSSR. Diskussija v Kommunističeskoj Akademii“, Moskva 1928.

31 Ebda., S. 38 f.

32 Ebda., S. 78 - 82 (Hervorhebungen von Bazarov).

älteren Vorläufer. Sie kam im Mittelalter auf und war der Eckstein der Erkenntnistheorie der christlichen Kirche in der Epoche des Feudalismus. Die gesamte ‚Teleologie‘ dieser Zeit hatte als Quelle die religiöse Dogmatik – die Theologie. Die Wissenschaft war nämlich die Dienerin der Theologie. Und diese Situation ergab sich mit Notwendigkeit aus den Grundlagen der kirchenchristlichen Weltanschauung des Mittelalters. Die Direktiven der Theologie basierten nicht auf menschlicher Vernunft, sondern auf einer weit höheren Erkenntnisquelle, auf göttlicher Offenbarung. (...)

In der sozialistischen Gesellschaft wird die Wissenschaft zum ersten Mal absolut frei und unabhängig und befindet sich zur gleichen Zeit in völliger Harmonie mit den Willensorientierungen und Richtlinien der Gesellschaft. Erreicht wird diese Harmonie dadurch, daß auf Basis der Wissenschaft nicht nur die gesellschaftlichen Beziehungen rekonstruiert werden, sondern auch das Bewußtsein der Menschen. Bis zum Zeitpunkt der Vollendung des Sozialismus muß das Bewußtsein des Proletariats allseitig erfaßt und durch die wissenschaftliche Weltanschauung umgeformt werden; der Wille des Proletariats muß von allen zufälligen oder unkontrollierten Anwendungen emanzipiert werden, von jeglicher Willkür (proizvol); *die Freiheit wird zur Erkenntnis Notwendigkeit*. Auf diesem höchsten Entwicklungsniveau ist es lächerlich, über ‚Diener‘ und ‚Herren‘ zu sprechen; hier sind diese Kategorien der Sklavengesellschaft und des Sklavenbewußtseins überhaupt nicht anwendbar. Aber auch in unserer Übergangsperiode ist der Versuch, an den Marxismus die sklavische kirchenchristliche Gnoseologie anzunähern, natürlich zutiefst reaktionär. Sie ist reaktionär, nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch. (...)

Die proletarische Revolution, sagte Marx, prüft und kritisiert sich beständig selbst, hält sogar an, gleichsam als ob sie sich zurückzöge, um einen noch entschiedeneren Schritt vorwärts zu machen. Das grundlegende Kriterium dieser Selbstprüfung und Selbstkritik – ist die Entwicklung der Produktivkräfte. Die durch S. G. Strumilin verteidigte Theorie – ist ein sehr bequemes ideologisches Polster für den nach Ruhe dürstenden Bürokraten der Übergangsperiode. Das ist die Ideologie der bürokratischen Erstarrung und der bürokratischen Selbstzufriedenheit. Aber daneben ist dies eine Ideologie, bei deren Triumph sich unvermeidlich ein Riß zeigen und immer mehr vertiefen wird zwischen der Bürokratie und dem ‚Volk‘, zwischen den Ideologen und der Klasse.“

Einige Begriffe und Argumente in diesem Zitat muten sehr prophetisch an, dennoch sollte man sich bei der Interpretation vor Anachronismen hüten: In der Situation 1928, noch vor Beginn der Kampagnen gegen „Schädlingwesen“ und „Neutralismus“, formulierte Bazarov nicht nur eine Defensiv-Position gegen „irrationale“ Parteiansprüche (die allerdings in der Wirtschaftswissenschaft mit am ersten spürbar waren), sondern ein durchaus offensives Programm zur Veränderung politischer Hegemonialverhältnisse. Handelte es sich bei Bazarov, der aus der Schule Bogdanovs kam (33), um die technokratische Variante der Opposition zum Führungsanspruch der Partei (34), so wurde in Shanins Position (35), einem der prominentesten Teilnehmer der „Industrialisierungsdebatte“ 1924 - 1928 (36), ihr wirtschaftspolitischer Gehalt deutlich. Mit Spulber (37) läßt sich diese Entwicklungskonzeption in den

33 Diesen Hinweis verdanke ich Krisztina Mánicke-Gyöngyösi.

34 Für analoge Tendenzen innerhalb der Spitzenorganisationen der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz vgl. Bales, a.a.O., S. 104 ff.

35 Vgl. L. Shanin, „The Economic Nature of our Commodity Shortage“, und ders., „Questions of the Economic Course“, in: N. Spulber (ed.), „Foundations of Soviet Strategy for Economic Growth. Selected Soviet Essays, 1924 - 1930“, Bloomington 1964, S. 205 - 220.

36 Vgl. A. Ehrlich, „Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924 - 1928“, Frankfurt/M. 1971; N. Spulber, „Soviet Strategy for Economic Growth“, Bloomington 1964.

37 Spulber, ebda., S. 64.

Worten zusammenfassen:

„Beginnend mit der Entwicklung der Landwirtschaft, fortsetzend mit der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionszweige, die für den Export produzieren, dann Entwicklung der Leichtindustrien, die den Binnenmarkt beliefern und, im geeigneten Moment, endend mit der Expansion der Schwerindustrie, wenn der zusätzliche Bedarf an Konsumgütern, der durch das Beschäftigungswachstum in den Produktionsgüter-Branchen entstand, voll gedeckt werden konnte.“

Diese Konzeption war ganz auf Nutzung der komparativen Kostenvorteile auf dem Weltmarkt ausgerichtet und darauf, die Wirtschaftspolitik entsprechend der – in ihrer Entwicklung selbst kaum zu beeinflussenden – kaufkräftigen Nachfrage auf dem Binnenmarkt zu gestalten. Beiden Positionen, der Bazarovs wie der Shanins, war gemeinsam, daß in ihnen ein Bezugspunkt des rationalen Handelns der Teilbürokratien gesetzt wurde, der gegenüber dem „Subjektivismus“ der Partei-Teleologie einen „objektiven“ Maßstab – technische bzw. ökonomische „Effizienz“ – darstellte und damit ein Vergesellschaftungsmodell implizierte, in dem zumindest die aus der Monopolisierung materialer Rationalität resultierende „Schiedsrichter-Rolle“ der Partei über den einzelnen bürokratischen Sektoren infrage gestellt worden wäre.

Den Versuch einer Glättung dieses Widerspruchs zwischen Fachintelligenz und Partei, der sich ebenso gut an Auseinandersetzungen auf betrieblicher Ebene (zwischen „Rotem Direktor“ und Technischem Direktor) oder auf Parteitag (über Kompetenzspielraum und Orientierung kommunistischer Wirtschaftskader) aufzeigen ließe, unternahm Stalin auf dem bereits erwähnten 15. Parteitag, im Dezember 1927, mit der Postulierung eines Zusammenwachsens von technischer Rationalität und Parteiherrschaft (38):

„... wir haben die Tatsache der Differenzierung der Intelligenz ... Bahnbrecherin ist hier die technische Intelligenz, denn sie, die eng mit dem Produktionsprozeß verknüpft ist, kann nicht umhin zu sehen, daß die Bolschewiki unser Land vorwärtsbringen, die Sache zum Besseren wenden. So gigantische Unternehmungen wie Wolchowstroj, Dneprostroj, Swir'stroj, die Turkestanische Eisenbahn, Wolga-Don, eine ganze Reihe neuer gigantischer Betriebe, mit deren Schicksal das Schicksal ganzer Schichten der technischen Intelligenz eng verbunden ist, können nicht ohne einen gewissen wohlthuenden Einfluß auf diese Schichten bleiben. Das ist für sie nicht nur eine Brotfrage. Das ist für sie gleichzeitig eine Sache der Ehre, eine Sache des Schöpfertums, die sie auf natürliche Weise der Arbeiterklasse, der Sowjetmacht näherbringt.“

Primär meinte Stalin hier natürlich den banalen Umstand einer Überwindung der politischen Reserve der Fachintelligenz gegenüber der „Sowjetmacht“. Relevant aber ist, daß als Basis für den Wandel dieser Einstellung eine Interpretation der Parteipolitik als realisierter ökonomisch-technischer Rationalität präsentiert wird (39). Dies konnte nicht das letzte Wort in dieser Auseinandersetzung sein, signalisierte aber in aller Deutlichkeit das Dilemma, in dem die Partei in und mit der NEP steck-

38 „Pjatnadcatyj s'ezd VKP/b/Dekabr' 1927 goda. Stenograficeskij otcet“, Moskva 1961, S. 70 f.

39 Ein knappes Jahr später, mit dem Einsetzen der Kampagne gegen die „bürgerlichen Spezialisten“, wird diese Argumentation völlig umgedreht: Von den technischen Spezialisten wird nun Unterordnung ihrer Rationalität unter die Parteirationalität gefordert; nicht mehr von den „gigantischen“ Einzelunternehmen her wird argumentiert, sondern von der synthetischen Kategorie des „sozialistischen Aufbaus“ und des Fünfjahresplans aus.

te: In dem Maße, wie die ökonomische Situation sich konsolidierte und sich – um mit Weber zu sprechen – die charismatisch legitimierte Führungsposition der Partei „veralltäglichte“, geriet diese Legitimation selbst in Zweifel, bedurfte ihr Führungsanspruch einer erneuerten Legitimationsgrundlage.

Anmerkung: Im Gegensatz zu den hier skizzierten Tendenzen in den Reihen der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz bildete die „Linke Opposition“ keine Bedrohung der „führenden Rolle der Partei“. Die Politik dieser Fraktion zielte vielmehr gerade darauf:

- durch Entflechtung von Partei und Staatsapparat die „führende Rolle der Partei“ zu stützen;
- durch Demokratisierung und „Proletarisierung“ der Partei diese wieder stärker an die proletarische Basis zu binden (und damit zugleich ihr politisches Gewicht gegenüber der Fachintelligenz zu stärken);
- durch beschleunigte Industrialisierung im Innern und Bindung der sowjetischen Politik an die „Kämpfe des Weltproletariats“ Bezugs- und Legitimationspunkte materialer Parteirationalität zu schaffen.

Es war dies eine Konzeption, die die soziopolitische Grundstruktur des sowjetischen Systems der NEP *nicht* infragestellte und die deshalb und aus anderen Gründen inkohärent war:

- der Berufung auf den Emanzipationsanspruch der Arbeiterklasse stand die nicht hinterfragte betriebliche Autoritätsstruktur und die Unterordnung der Räte und der Gewerkschaften unter die Partei auch in ihrer Konzeption gegenüber;
- ausgehend von der ökonomischen Differenzierung im Dorf meinte die „Linke Opposition“, es sei möglich, gegen „Kulaken“ und „NEP-Bourgeoisie“ eine beschränkte Attacke mit dem Ziel zu führen, große Teile des dort angehäuften Mehrwerts zu expropriieren und in den Aufbau der staatlichen Industrie überzuleiten, ohne eine Frontstellung „Stadt vs. Land“ auszulösen; in dieser Konzeption wurde die soziale und politische Kohärenz (gerade gegenüber staatlichen Forderungen!) des Dorfes sehr wahrscheinlich unterschätzt, was umgekehrt bedeutet, daß mit ihr – sollte das Bündnis mit der Bauernschaft aufrecht erhalten bleiben – das Problem der Quellen industrieller Akkumulation noch nicht gelöst war;
- ebensowenig gab die „Linke Opposition“ eine Antwort darauf, wie die institutionell fest verankerte Führungsrolle der Partei als überstaatlichem Organ real zu vereinbaren sei mit dem „proletarischen“ Charakter der Partei, d.h. Partei einer Klasse zu sein, die ökonomisch wie politisch wesentlich Objekt staatlichen bzw. parteiichen Handelns war.

In dem politischen Projekt der „Linken Opposition“ wird aber trotz dieser Widersprüche und Unklarheiten eine Alternative zur weiteren – „stalinistischen“ – Entwicklung sichtbar:

- die Aufrechterhaltung der Zwitterstellung der Partei zwischen Bürokratie und Arbeiterklasse;
- die Bindung der Partei-Rationalität an die Perspektive eines weltrevolutionären Prozesses;
- die Partei selbst als „clearing-Stelle“ der verschiedenen Positionen und Interessen innerhalb des institutionellen Gefüges.

Diese Konzeption konnte sich im interfraktionellen Kampf nicht durchsetzen. Daß sie gänzlich unrealistisch gewesen wäre oder daß sie eine relativ schnelle Industrialisierung ausgeschlossen hätte (obwohl in ihr stärkere Widerstände gegen eine Ausdehnung der Akkumulationsquote auf Kosten des Konsums der Arbeiter und Bauern angelegt waren), kann man jedoch wohl kaum behaupten. (40)

3. Zur Legitimation ihrer Macht wie der Herrschaft der Bürokratie überhaupt und um den verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen einen Bezugspunkt für ihr Handeln zu geben, stand die Partei Mitte der 20er Jahre vor der Aufgabe, ein ge-

40 Zur Position der „Linken Opposition“ vgl. Bd. V der von U. Wolter herausgegebenen Dokumentation „Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923 - 1928“, Westberlin 1977.

samtgesellschaftliches Entwicklungsziel zu setzen. Weder das Warten auf die „Weltrevolution“, noch die Restauration der tradierten Produktivkräfte, noch auch die – etwa von Bucharin in den Mittelpunkt seiner politischen Theorie gestellte – Bewahrung des „gesellschaftlichen Gleichgewichts“ gaben eine solche synthetisierende Orientierung ab. Zumindest für die Partei – auch und gerade in ihrem Verhältnis zur Fachintelligenz – wurde es somit fast zu einer Überlebensfrage, ein neues gesellschaftliches Ziel zu finden, aus dem sich ihre Position im soziopolitischen System praktisch und ideologisch rechtfertigen ließ. Die Antwort, die die Parteiführung auf diese Problemlage fand, hieß „Aufbau des Sozialismus in einem Land“. Zwar war dieses Ziel von Anbeginn mit Industrialisierungs- und Modernisierungsvorstellungen verbunden, es ist aber für die Interpretation wichtig festzustellen, daß es mit dieser Zielsetzung keineswegs identisch war. Die Auseinandersetzung auf dem 14. Parteitag im Dezember 1925 um diese Parole ging gerade darum, daß die Opposition um Kamenev und Sinowjew darin eine Ideologisierung und Überhöhung der NEP sahen, während umgekehrt die Parteiführung der Kritik der Opposition eine Unterschätzung des bisher Erreichten und die Bereitschaft zum Bruch mit der Bauernschaft unterstellte. D.h. primär war der Versuch einer neuen Orientierung, auf die bezogen die Industrialisierung nur funktionalen Charakter hatte (41), und ehe die für den „stalinistischen“ Industrialisierungstypus charakteristischen Maßnahmen – ein überhöhtes Akkumulationstempo; Hyperzentralisierung der Planung; Entrechtung der Arbeiterschaft; Zwangskollektivierung – ergriffen wurden, fand ein politischer Umgruppierungsprozeß statt, in dem diese Orientierung zur verbindlichen und nicht mehr hinterfragbaren Maxime des Parteihandelns wurde.

Doch ehe ich darauf näher eingehe, sollen zuerst die Gründe benannt werden, auf denen das Interesse der Bürokratie insgesamt für die Industrialisierung basierte. Von der Zielperspektive her war das westeuropäische Zivilisationsmodell beiden Bürokratieflügeln gemeinsam („Eurozentrismus“). Als Modus der Allokation von Ressourcen entsprach sie ebenfalls der bisherigen Domäne der Bürokratie: der Zentralisierung des Mehrprodukts, seiner Umverteilung und Investition. Da gerade dieser Teil der gesamtgesellschaftlichen, erweiterten Reproduktion durch die Industrialisierung ausgedehnt zu werden versprach, war darin ein Machtzuwachs der Bürokratie allgemein enthalten und eine Entspannung des innerbürokratischen Verteilungskampfes zumindest als Möglichkeit angelegt. Hinsichtlich der Quellen des Akkumulationsprozesses ergibt sich aus der bisherigen Argumentation, daß das Verhältnis der Bürokratie zu Bauernschaft und Arbeiterklasse taktisch bestimmt war, „Bündnispolitik“, nicht aber Ausdruck identischer gesellschaftlicher Interessen. Das heißt, von daher gesehen gab es keine prinzipiellen Schranken gegen eine Ausdehnung des Akkumulationspotentials auf Kosten der unmittelbaren Produzenten. Allerdings setzte dies voraus, daß sich sowohl die Bürokratie insgesamt wie auch ihr entwick-

41 Charakteristischerweise ging die Auseinandersetzung ja auch nicht um die Frage, ob man den „Aufbau des Sozialismus“, d.h. in praktische Maßnahmen übersetzt gewiß auch Industrialisierung, beginnen solle, sondern darum, ob es möglich sei, ihn im sowjetischen Rahmen zu vollenden.

lungspolitisches „Steuerungszentrum“ stark genug fühlte, einen breiten gesellschaftlichen Konflikt zu riskieren oder sogar Interesse an einem solchen Konflikt hatte.

Es wurde darauf hingewiesen, daß der „Aufbau des Sozialismus“ ursprünglich als Prolongierung der NEP konzipiert war. Ohne die Frage beantworten zu wollen, ob es sich hier um eine bewußte Verschleierung handelte, läßt sich argumentieren, daß dies eine Illusion war: Erstens weil der staatlich-industrielle Sektor selbst über die marktwirtschaftlichen Grundlinien der NEP hinausgewachsen war, d.h. sich Planelemente schon vor dem Übergang zur beschleunigten Industrialisierung in immer breiterem Maße durchgesetzt hatten und ein Aufbau des Wirtschaftssystems auf Marktmechanismen eine radikale Reorganisation der Industrieverwaltung und eine neuerliche Entscheidung für die NEP gefordert hätte: Auf der anderen Seite implizierte der Übergang zu gesamtwirtschaftlicher Planung den Verlust der Unternehmensrentabilität als synthetisierender Orientierungsgröße und einheitlicher Kontrollmaßstab manageriellen Handelns auf mittlerer Ebene. D.h. hier mußten neue Mechanismen und damit auch neue innerbürokratische Verkehrsformen entwickelt werden. Zweitens mußte eine breite Ausdehnung des industriellen Sektors zu einer Verschiebung gesamtgesellschaftlicher Kräfteverhältnisse führen, die eine Neudefinition des während der NEP erreichten Gleichgewichtssystems erforderlich machten: das Gewicht der Stadt gegenüber dem Dorf, der Industrie gegenüber der Landwirtschaft wuchs; die Größe der Arbeiterklasse, damit aber auch ihr gesellschaftliches Gewicht, nahm zu, während sich ihre Zusammensetzung „verschlechterte“; ebenso war von vornherein klar, daß eine ganz erhebliche Expansion der technischen Intelligenz stattfinden würde, deren gesamtgesellschaftliche Bedeutung durch die sich abzeichnenden Veränderungen in der Produktionsorganisation noch verstärkt wurde; andererseits war eine planwirtschaftliche Industrialisierung notwendigerweise mit einer Ausdehnung des verwaltungsorganisatorischen Sektors verbunden. Was unter diesen neuen Bedingungen die „Besetzung der Kommandohöhen der Wirtschaft durch die Partei“ bedeutete, mußte erst noch ausgefochten werden. Drittens stand eine Neudefinition des Verhältnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Partei als „proletarischer Bürokratie“ ins Haus. Einerseits entfiel die Basis für die sich empirisch rechtfertigende „Substitution“ der Arbeiterklasse durch die Partei in dem Maße, wie jene an gesellschaftlichem Gewicht zunahm, andererseits entstanden neue Legitimationsgründe für die Parteiherrschaft durch die qualitative „Verschlechterung“ der Arbeiterklasse, durch die mit der „Modernisierung“ gesetzten Akkulturationsaufgaben und durch die Rolle der Partei als Motor und Steuerungszentrum des Industrialisierungsprozesses.

Ich werde im folgenden versuchen nachzuvollziehen, welche Lösungen die Parteibürokratie auf diese Probleme fand und in welchem innerbürokratischen und klassenpolitischen Kontext diese Lösungen standen. Dabei gehe ich nicht davon aus, daß hier ein langfristig angelegter strategischer Plan schrittweise realisiert wurde, sondern daß sich der „Stalinismus“ als Resultat von Konflikten zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessenlagen und Handlungsrationaltäten herausbildete, ohne daß den Protagonisten Logik und Folgen ihres Tuns in längerfristiger Perspektive bewußt gewesen wären.

4. Daß am Beginn des Übergangs zu forcierter Industrialisierung und „Stalinismus“ die Ausschaltung der „Linken Opposition“ (deren Mitglieder damals noch als „Über-Industrialisierer“ gescholten wurden) stand, hat von daher gesehen Sinn, daß mit der positiven Formulierung der internationalen Isolation der UdSSR als „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ ein Bruch mit tiefverwurzelten Traditionen der westeuropäischen Arbeiterbewegung gesetzt war (die Hegemonie des „Vaterlands des Sozialismus“ wurde nun auch konzeptionell vertreten) und Sozialismus als gesellschaftliche Zielprojektion auf das Niveau der spezifischen Rückständigkeit Rußlands reduziert wurde (42). Es lag in der politischen Logik dieses Umschwungs, die Träger der Orientierung auf die westeuropäische Arbeiterbewegung auszuschalten. Dies umso mehr, als es sich hier um eine Fraktion handelte, die von ihrer politischen Potenz her in der Lage gewesen wäre, bei einem neuerlichen inneren revolutionären „Aufbruch“ und/oder einer revolutionären Entwicklung in westeuropäischen Ländern die zunehmende Verselbständigung der Bürokratie durch Rückbindung der Partei an eine in Mobilisierung befindliche Arbeiterbewegung zu konterkarieren, wenn auch nicht aufzuheben, (insofern lag die Ausschaltung der „Linken Opposition“ im Interesse der Gesamtbürokratie) und die Setzung materialer Rationalitäts-Postulate durch die Parteiführung (wiederum) einzubinden in eine soziale Emanzipationsbewegung. War es doch gerade diese Fraktion, die immer wieder versuchte, die spezifischen Interessen der Arbeiterklasse gegenüber der Bürokratie innerhalb der Partei offensiv zu formulieren (wenn auch ohne klare Entscheidung zwischen „allgemeinen“ Staats- und Parteiinteressen und besonderen proletarischen Interessen – Folge der theoretischen Unklarheit über den Charakter des „bürokratisierten Arbeiterstaates“, deren Auflösung dadurch, daß die Wortführer der Opposition selbst Funktionäre waren, nicht gerade erleichtert wurde).

5. Interpretiert man den „Stalinismus“ als eine „Modernisierungsdiktatur“, wie etwa Bahro, so ist eines der eigenartigsten Phänomene im Prozeß seiner Herausbildung, daß fast unmittelbar nach der Ausschaltung der „Linken Opposition“ im 1. Halbjahr 1928 von der Parteiführung eine neue Front eröffnet wurde: der Kampf gegen „Schädlingswesen“, „Sabotage“ und „Neutralismus“ der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz in Wirtschaftsverwaltung und Betrieben (43). D. h. daß diese Kader gerade in dem Moment unter Beschuß gerieten, als aufgrund des Industrialisierungsprogramms ihr Beitrag besonders relevant wurde und ihre Machtposition sich „an sich“ hätte verbessern müssen. Dieser scheinbare Widerspruch löst sich dann auf, wenn diese Kampagne begriffen wird als Versuch des Parteiflügels der Bürokratie, zwei zentrale Probleme in den Griff zu bekommen: Erstens die Zunahme des gesell-

42 So ging der Streit auf dem 14. Parteitag, 1925, u.a. um die Frage, ob die sowjetischen Unternehmen als „Betriebe konsequent sozialistischen Typs“ zu betrachten seien, wobei diese Formel von den Vertretern der Stalin-Fraktion verteidigt wurde. – Bucharin vertrat bereits 1924 die Auffassung, „daß die grundlegende Aufgabe in unserem Land zu neun Zehntel getan ist.“ (zit. n. A. G. Löwy, „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Bucharin: Vision des Kommunismus“, Wien 1969, S. 219).

43 Vgl. K. E. Bales, a.a.O., S. 69 ff.; zu einer abweichenden, die „Schädlingskampagne“ ganz als „kulturrevolutionäre“ Erscheinung fassenden Interpretation vgl. Sh. Fitzpatrick, „Cultural Revolution as Class War“, in: dies. (ed.), a.a.O., S. 8 - 40.

schaftlichen Gewichts der Fachintelligenz politisch zu konterkarieren; zweitens den mit dem Ausbau bürokratischer Planung einhergehenden Verlust an einheitlicher Orientierung in den Wirtschaftseinheiten und die damit verbundene Einbuße an effektiven Kontrollmöglichkeiten über die Tätigkeit der Intelligenz dadurch aufzufangen, daß in diese Intelligenz die Orientierung ihres Handelns an gesellschaftlich-synthetischen Zielen gleichsam hineingeprägt wurde. D.h., daß durch außerökonomischen Druck Verhalten, das ökonomisch nicht mehr steuerbar, angelernt werden sollte. In diesem Kontext ist auch die Kampagne zur Durchsetzung der „Einmann-Leitung“ in den sowjetischen Betrieben 1929 zu sehen, die sich zwar primär gegen die Arbeiterschaft richtete und auf eine Veränderung des innerbetrieblichen Kräfteverhältnisses zwischen Administration und Belegschaft zielte, die aber zugleich auch ein Versuch war, durch Vereinfachung der Entscheidungsstrukturen, Verantwortlichkeiten aufzuhellen und für die übergeordneten Kontroll- und Steuerungsinstanzen durchschaubarer zu machen. Handelt es sich bei diesen beiden Aspekten um eine Interpretation der „Schädlingskampagne“ als Defensiv-Maßnahme, so kommt ein weiteres, für die künftige Entwicklung der Bürokratie zentrales Moment offensiven Charakters hinzu: Der Fachintelligenz wurde – ebenso wie durch das ökonomisch irrational hohe Wachstumstempo – verdeutlicht, daß die Basis ihres Handelns nicht primär ökonomische oder technische Rationalität zu sein habe, sondern daß diese Rationalität selbst einem Bezugsrahmen höherer Ordnung, der von der Parteilührung definiert wurde, unterworfen war. Ganz im Sinne Max Webers wurde die „Liebe zur Sache“ der „Treue zur Institution“ untergeordnet.

Da mir diese Grundtendenz für den Hoch-„Stalinismus“ geradezu prägend erscheint, ist es wichtig, die Differenzen zu späteren Politiken ähnlicher Machart herauszustellen: weder war der Parteiflügel der Bürokratie Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre so stark, daß er diese Politik lange durchhalten konnte (1931 vollzog er eine Kehrtwendung), noch war er imstande, allein auf sich und den Repressionsapparat gestellt, diese Politik zu verfolgen – als abstützende Maßnahme diente vielmehr die „parallel“ (weil nicht darauf reduzierbar) laufende Mobilisierung der Arbeiterschaft.

Die „Schädlingskampagne“ löste bei den Spezialisten Angst aus, lähmte ihre Initiative und Innovationsfreudigkeit, die „voluntaristischen“ Planvorgaben ab Ende 1929 waren nicht nur unrealistisch, sondern in ihren Folgen ökonomisch destruktiv. Industrialisierungspolitisch war beides „irrational“. Als Versuch, die synthetische Funktion der Partei zu stabilisieren und auszubauen, waren dies allerdings höchst rationale Maßnahmen. Warum, geht aus der folgenden – einem Aufsatz von R. Bendix entnommenen (44) – Gegenüberstellung unterschiedlicher Bürokratietypen hervor, die – obwohl bestimmte Elemente der beschriebenen Struktur bereits früher vorhanden sind – es meines Erachtens einleuchtend erscheinen läßt, die forcierte Industrialisierung auch als Versuch einer Neu-Definition des herrschenden Bürokratie-Typus zu interpretieren:

44 R. Bendix, „The Cultural and Political Setting of Economic Rationality in Western and Eastern Europe“, in: ders. (ed.), „State and Society“, Berkeley 1973, S. 347.

„Eine ideal funktionierende Bürokratie in seinem (Weber's) Sinne ist die effizienteste Methode zur Lösung organisatorischer Aufgaben großen Maßstabs, aber nur wenn diese eine geordnete Administration der öffentlichen Aufgaben unter der Herrschaft des Rechts erfordern. Wie auch immer, eine kontinuierliche und verlässliche Arbeitsweise, die Effizienz mit einer mehr oder weniger stabilen Norm-Orientierung verbindet, wird gewöhnlich für den Preis einer gewissen Inflexibilität, um der Aufrechterhaltung der Herrschaft des Rechts und einer unparteiischen Verwaltung der Angelegenheiten willen, erkaufte. Solch eine Bürokratie kann nicht angemessen funktionieren, wo die Aufgabe die forcierte Industrialisierung einer Nation ist. Unter den vorgespiegelten Kampfbedingungen eines totalitären Regimes sind die Normen, die das Verhalten steuern, nicht von langer Dauer. Angesichts eines unablässigen Drucks, Wunder der Zielrealisierung zu erreichen, werden die Funktionäre dazu tendieren, ihre Verschleierungskniffe für einen systematischen, aber schweigenden ‚Rückzug von der Effizienz‘ (Veblen) zu nutzen. Sie werden so nicht nur aus Bequemlichkeitsgründen handeln, sondern auch weil die Forderungen, die an sie durch das Regime gestellt werden, aus der Sicht des Expertenwissens und eines systematischen Vorgehens ‚irrational‘ sind. Die Partei auf der anderen Seite muß die Arten von Verschleierung, die solch kollektive Inaktivität möglich machen, verhindern, während sie alle Exekutivfunktionäre unter maximalen Druck setzt, damit sie ihre Fachkenntnis in vollstem Ausmaß nutzen. Dies, meine ich, ist das Grundprinzip einer Doppelhierarchie der Verwaltung, die einen Parteifunktionär an die Seite jedes bedeutenderen Staatsfunktionärs stellt, um Verschleierung zu verhindern und Druck auszuüben. In einem totalitären Regime würden diese beiden Hierarchien sogar dann erforderlich sein, wenn alle Schlüsselpositionen in Verwaltung und Industrie mit Parteifunktionären besetzt würden.“

Diese Dialektik von Druck und Verweigerung, zielgerichteter Dynamik und „Experten“-Rationalität existierte in Ansätzen schon während der NEP, damals aber noch in der Form mehr oder weniger friedlicher Koexistenz zwischen den Trägern unterschiedlicher Rationalitäten, die in der Orientierung auf Rentabilität und Markt einen gemeinsamen Bezugspunkt hatten. Mit der forcierten Industrialisierung dagegen wurde dieses Verhältnis als permanenter Konflikt gesetzt, in dem ein Zielkonflikt zwischen politischen Aufgaben und Optimierung wirtschaftlichen Wachstums entstand. Gerade dieser Konflikt aber reproduzierte die Notwendigkeit der Parteiherrschaft.

6. Auf das spezifische Verhältnis zwischen der Partei als Bürokratie und der Arbeiterklasse ist bereits hingewiesen worden. Dieses Verhältnis bildete die Grundlage dafür, daß 1928/29 bis in die erste Jahreshälfte 1931 eine breite Mobilisierung der Arbeiterschaft stattfinden konnte. Soweit diese Mobilisierung von oben initiiert und gesteuert wurde, war ihr Ziel einerseits die Parteikontrolle über die Spezialisten von unten her abzustützen. Hierin zeigte sich, in einem Konfliktfeld zusammengefaßt, die spezifische Funktion einer Partei, die sich auf die Arbeiterklasse stützt, im Rahmen der Herrschaft der Gesamtbürokratie: Aufgrund ihrer eigenständigen sozialen Basis war sie in der Lage, ihre Konzeption einer organisierten gesamtgesellschaftlichen Synthesis den Fachbürokratien aufzuzwingen. Andererseits erfüllte die Partei mit dieser Mobilisierung die Aufgabe kultureller Innovation: Als Träger einer sozialistisch verbrämten Teleologie konnte sie eine neue Arbeitsethik und -motivation begründen, die innerweltliche Askese mit Hingabe und Opferbereitschaft verband und die die spezifischen Anforderungen großindustrieller Produktionsorganisation hinsichtlich Arbeitsdisziplin, Zeitgefühl, Kooperation etc. zu Qualitäten des neuen sozialistischen Produzenten überhöhen konnte.

Zugleich löste die Mobilisierung 1928/29 ff. aber auch eine originäre Bewe-

gung an der Basis aus, die sich nicht in purem Produktionsenthusiasmus erschöpfte, sondern die – wenigstens zu Teilen – in ihrer Konsequenz eine tatsächliche Vergesellschaftung des Produktionsprozesses implizierte. Eine gesamtgesellschaftliche Verlängerung und Zentralisierung dieser Tendenz der betrieblichen Auseinandersetzungen jedoch fand nicht statt – weder in der Partei noch im Staatsapparat existierte eine Fraktion, die sie anders als manipulativ und auf kurzfristige Erfolge gegen die Fachbürokratie gerichtet positiv hätte aufnehmen können. Von ihrem emanzipatorischen Gehalt her stand diese Bewegung in Widerspruch sowohl zu dem Versuch, das staatlich-parteiliche Herrschaftssystem auszubauen, wie zu der sich in diesen Jahren vollziehenden Transformation („Amerikanisierung“) der Produktionsorganisation, die gerade auf eine schärfere Trennung zwischen leitenden und ausführenden Tätigkeiten zielte. Zudem wurde dieser Bewegung die soziale Basis dadurch entzogen, daß mit der extensiven Erweiterung der Industrie und der Industriearbeiterschaft gerade in den Schlüsselbranchen unqualifizierte und an Industriearbeit nicht assimilierte Arbeitskräfte die Dominanz gewannen, Kräfte, deren kulturelle Distanz zu einer Vergesellschaftung des Produktionsprozesses weit größer war als bei der durch Erfahrung qualifizierten und stärker handwerklich ausgerichteten Arbeiterklasse der 20er Jahre.

Die Mobilisierung jener Jahre hatte aufgrund der spezifischen Herrschaftsstruktur ambivalenten Charakter: Sie war zugleich – als taktisches Manöver – Ausdruck der subalternen Position der Arbeiterklasse, aber auch dessen, daß die Partei als Bürokratie sich auf die Arbeiterklasse stützte, als Basis-Bewegung war sie vergesellschaftend und Herrschaft stabilisierend in einem, antibürokratisch und Machtmittel im innerbürokratischen Konflikt. Dieser Widerspruch wäre nur dann aufhebbar gewesen, wenn die auf Vergesellschaftung gerichtete Basis-Bewegung politisch zentralisierten Ausdruck in dem Entwurf einer neuen Form gesellschaftlicher Synthesis gefunden hätte. Schon aufgrund der massiven Repression, aber auch wegen der inneren Widersprüchlichkeit dieser Bewegung kam es dazu nicht. Statt dessen wurde – 1931 – die eine (emanzipative) Seite des Widerspruchs eliminiert und die Bewegung selbst auf die Förderung industrieller Arbeitstugenden reduziert.

7. Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft bildete ohne Zweifel ein nicht wegzudenkendes Element des Übergangs zum „Stalinismus“. Dennoch meine ich, daß gerade an diesem Punkt deutlich wird, daß der „Stalinismus“ eher als Resultat unterschiedlicher Faktoren, deren Zusammenwirken den Akteuren des Geschehens weitgehend unbewußt war, zu interpretieren ist denn als planmäßige Machteroberung einer kleinen Elite von Kadem im Partei- und Repressionsapparat. Am Beginn der Kollektivierung steht die Getreidekrise der Endzwanziger Jahre und das verspätete und reaktive Handeln des Partei- und Staatsapparats (45). Dieses Handeln war davon bestimmt, daß mit ökonomischen Maßnahmen eine Sicherung des Bedarfs der Städte an Agrarprodukten nicht mehr gewährleistet schien und daß der Partei- und Staatsapparat während der gesamten NEP den Produktionsverhält-

45 Vgl. R. Lorenz, „Sozialgeschichte der Sowjetunion I“, Frankfurt/M. 1976, S. 170 ff.; E. H. Carr, „Revolution from Above“, in: „new left review“, Nr. 46, 1967, S. 17 - 27.

nissen auf dem Land als Fremdkörper gegenüberstand (46), so daß für politische Maßnahmen zur Meisterung der Krise auf dem Land selbst ein entsprechender Träger fehlte. Der Ausweg, eine Enteignung des Mehrprodukts mit repressiven Mitteln, führte – wie schon während des „Kriegskommunismus“ – zu einer Solidarisierung der Bauernschaft und einer Verstärkung der Kluft zwischen Stadt und Land und zugleich zu einer Verringerung des produzierten Mehrprodukts. Damit aber wurde ein sich ständig beschleunigender Kreislauf von staatlicher Gewalt und (weitgehend passivem) Widerstand installiert (47), der zu einer Zerstörung der Produktivkräfte auf dem Land, zur Vernichtung der ökonomisch aktivsten bäuerlichen Schicht, zur Expansion des Mehrprodukts auf Kosten des notwendigen Produkts bis hin zu der katastrophalen Hungersnot 1931/32/33 und zu einer Verringerung des ökonomisch möglichen Akkumulationsbeitrags der Landwirtschaft (48) führte.

Obwohl schwerlich plausibel zu machen wäre, daß es sich hier um ein planmäßiges Kalkül gehandelt habe, war das Resultat dieser Entwicklung – zumindest vorübergehend – eine Stabilisierung der bestehenden Herrschaftsstruktur. Denn erstens wurde mit der Kollektivierung der Landwirtschaft die Struktur der bäuerlichen Produktionsverhältnisse selbst radikal verändert: An die Stelle der weitgehend selbstverwalteten Dorfgemeinden der NEP, die wesentlich durch den Markt und über die Steuer mit dem Staat verbunden waren, trat staatlich verwaltete Zwangsarbeit. D.h. der Staat als organisierte gesellschaftliche Synthesis wurde erst jetzt im Produktionsprozeß selbst wirksam. Zweitens atomisierte die Zwangskollektivierung die Bauernschaft und trieb sie in einen soich haßerfüllten Gegensatz zum bürokratischen Staat (49), daß eine Erneuerung der „smyčka“ auf ökonomischer Grundlage illusionär erscheinen mußte. D.h. ökonomische Rationalität als Orientierungsrahmen politischen Handelns war in dieser Beziehung außer Kraft gesetzt, bot keine Lösungsmöglichkeiten mehr, die politisch-teleologische Rationalität der Partei war damit in ihrem Dominanzanspruch – gemessen an der Herrschaftssicherung der Bürokratie insgesamt – gefestigt. Jede Liberalisierung konnte nun mit dem Hinweis auf einen dro-

46 Vgl. T. Shanin, „The Awkward Class. Political Sociology of Peasantry in a Developing Society: Russia 1910 - 1925“, Oxford 1972, S. 185 - 190.

47 Vgl. Lorenz, a.a.O., S. 183 ff.

48 Der sowjetische Historiker A. A. Barsov hat inzwischen gesamtwirtschaftliche Berechnungen vorgelegt, nach denen der Transfer zwischen Landwirtschaft und Industrie während des 1. Fünfjahresplans, 1928 - 1932, in etwa ausgeglichen gewesen sei. Sollte dies tatsächlich zutreffen, so wäre es als Zeichen dafür zu interpretieren, daß gerade die Politik einer maximalen Auspressung der Bauernschaft so destruktive Folgen für die landwirtschaftliche Produktion hatte, daß dem nur durch den Re-Transfer von Industriewaren zu begegnen war (z.B. und vor allem Traktoren für das massenweise abgeschlachtete Zugvieh). Zu Barsov vgl. A. A. Barsov, „Sel'skoe chozjajstvo i istočniki socialističeskogo nakoplenija v gody pervoj pjatiletki“, in: „Istorija SSSR“, Nr. 3, 1968, S. 64 - 82 und ders., „Balans stoimostnych obmenov meždu gorodom i derevnej“, Moskva 1969. Den Hinweis auf Barsov verdanke ich U. Weißenburgers Referat zum gleichen Thema auf der Donauschinger Stalinismus-Tagung, 28. - 30. 10. 1977.

49 Vgl. M. Lewin, „Die Auseinandersetzungen in der Agrarfrage und die Wirklichkeit in der UdSSR 1928 - 1940“, in: P. Hennicke (Hrsg.), „Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften“, Frankfurt/M. 1973, S. 353 - 359.

henden Bürgerkrieg innerparteilich wie innerbürokratisch abgeblockt und im Keim erstickt werden (50).

8. Mitte des Jahres 1931 vollzog die Parteiführung einen entscheidenden politischen Kurswechsel: Kann man die vorangegangenen Jahre als *Politisierung des Wirtschaftens* charakterisieren, so erfolgte nun eine *Verwirtschaftlichung der Politik*. Ökonomischer Hintergrund dieses Umschwungs war das Desaster, das die Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft, die forcierte Industrialisierung in der Industrie angerichtet hatte. In den Beziehungen zwischen den Klassen lag dem einerseits die geschilderte Veränderung in der Bauernschaft zugrunde, auf der anderen Seite das Wachstum und der Wandel der Arbeiterschaft. An die Bauernschaft waren bereits im Vorjahr gewisse Zugeständnisse gemacht worden, die allerdings in keiner Weise konsequent durchgehalten wurden (51). Die neue Politik 1931 dagegen bezog sich auf die Arbeiterschaft und auf das Verhältnis zur Fachintelligenz.

Die Partei war im innerbürokratischen Flügelkampf durch die Politik, die ihre Führung zu verantworten hatte, paradoxer Weise zugleich gestärkt und geschwächt. Gestärkt, weil ihre Klammerfunktion an Bedeutung gewonnen hatte, geschwächt, weil sich die rücksichtslose Durchsetzung ihrer Politik, gemessen an den gemeinsamen Kriterien der Bürokratie (wirtschaftliches Wachstum und Herrschaftsstabilisierung), als verhängnisvoll erwiesen hatte. Eine Lösung dieser Situation suchte die Parteiführung in einer Modifikation ihrer „Bündnispolitik“. Auf eine Formel gebracht, machte sie der Fachintelligenz Zugeständnisse auf Kosten der Arbeiterschaft. Als Neudefinition des Verhältnisses der Partei zur Arbeiterklasse war dies schon deshalb naheliegend, weil mit der Ausschaltung der „linken“ und der „rechten“ Opposition die unmittelbar an proletarischen Interessen orientierten Parteimitglieder keine innerparteiliche Artikulationsinstanz mehr hatten und weil aufgrund der Veränderung der Zusammensetzung der Arbeiterschaft und der zunehmenden Verschlechterung ihres Lebensstandards die Basis für eine ideelle Identifikation mit dem „sozialistischen Aufbau“ kaum mehr gegeben war. Gegenüber der Klasse bestand die neue Politik wesentlich darin, die Mobilisierung aller noch verbliebenen emanzipativen, auf Vergesellschaftung gerichteten Züge zu berauben (so wurden – als fortgeschrittenstes Beispiel – die „Produktionskommunen“ (52) aufgelöst) und sie auf schlichte Antreiberei zu reduzieren – der Kampf gegen die „Gleichmacherei“ war nun die Parole der Stunde. Aber darin erschöpfte sich diese Politik nicht: Das in den neuen Betrieben schon früher praktizierte tayloristische Funktionalsystem suchte man nun auf alle Betriebe auszudehnen und damit die Produktionsorganisation gänzlich der Logik technischer Rationalität zu unterwerfen. Die ökonomische Rationalität dieser Politik bestand darin, daß aufgrund der Resultate, die die Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft gebracht hatte, nun der Akkumulationsbeitrag der Industriearbeiterschaft durch Verringerung des Konsums und Erhöhung ih-

50 Hinzu kam natürlich auf internationaler Ebene der Aufstieg des Nationalsozialismus, der in die gleiche Richtung wirkte.

51 Vgl. Lorenz, a.a.O., S. 195 ff.

52 Vgl. M. Tatur, „Wissenschaftliche Arbeitsorganisation“ – Arbeitswissenschaft und Arbeitsorganisation in der Sowjetunion 1921 - 1935“, Phil. Diss., FU Berlin 1976, S. 274 f.

rer Arbeitsleistung das Defizit im gesamtwirtschaftlichen Akkumulationsfonds wettmachen sollte – auch bei Gefahr eines Bruchs mit weiten Teilen der Klasse.

Die Durchsetzung tayloristischer Betriebsorganisation auf breitester Ebene war – schon wegen der damit verbundenen Schwächung der vorzugsweise von Parteimitgliedern besetzten administrativen Linie – ein wesentliches Zugeständnis an die technische Rationalität verpflichtete Fachintelligenz. Die innerbetriebliche Position dieser Schicht wurde damit sowohl gegenüber der untersten Kaderebene (den Meistern und Vorarbeitern) und den Arbeitern wie gegenüber den Trägern synthetisierender Funktionen (innerhalb der formalen Betriebsorganisation den Vertretern der administrativen „Linie“, an deren Spitze der „Rote Direktor“ stand) erheblich gestärkt. Generell ist dieses Schema betrieblicher Struktur darauf ausgerichtet, Fachwissen unmittelbar zur Wirkung zu bringen.

Die Umorientierung der Politik der Partei gegenüber der Fachintelligenz ging aber weiter, bezog sich auf die Spezialisten allgemein: Die „Schädlingskampagne“ wurde abrupt gestoppt und als neue Maxime vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Spezialisten ausgegeben (53). Die zum Teil noch vorhandene Diskriminierung der Angehörigen der technischen Intelligenz gegenüber der Arbeiterschaft im Reproduktionsbereich (Ernährungsnormen, Wohnraum, Zugang zu Sanatorien etc.) wurde aufgehoben (54). Im Kontext dessen, daß bereits vorher eine Umorientierung der Aufnahmepolitik der Partei gegenüber der technischen Intelligenz vorgenommen worden war (55), die zum ersten Mal in der Geschichte der Kommunistischen Partei auf eine breite Organisierung dieser Schicht in die Partei zielte (56), und daß wenig später darauf verzichtet wurde, über die Aufnahmepolitik der Hochschulen eine „Proletarisierung“ des Kaderbestandes durchzusetzen (57), zeichneten sich hier nicht nur kurzfristige, taktische Zugeständnisse an die Fachintelligenz, sondern eine Verschiebung der sozialen Basis der Partei selbst ab.

Zusammenfassend ist jedoch festzuhalten, daß die 1931 eingeleitete Politik zwar als Kompromiß mit der Fachintelligenz interpretiert werden kann, daß dies jedoch keineswegs bedeutete, daß damit die „führende Rolle der Partei“ (und der

53 In Stalins Rede vor Wirtschaftsfunktionären im Juni 1931, in der diese neue Politik proklamiert wurde, wird zu diesem Punkt bemerkt: „Drückte sich in der Periode, als das Schädlingswesen auf dem Höhepunkt war, unser Verhalten zu der alten technischen Intelligenz hauptsächlich in der Politik des Zerschlagens aus, so muß heute, in der Periode der Wendung dieser Intelligenz zur Sowjetmacht, unser Verhalten ihr gegenüber in der Politik ihrer Heranziehung und der Sorge um sie bestehen.“ Stalin Werke XIII, Berlin (DDR) 1952, S. 65.

54 Vgl. M. Lewin, „Society, State and Ideology during the First Five-Year Plan“, in: Sh. Fitzpatrick (ed.), a.a.O., S. 73.

55 Bereits in einer ZK-Direktive vom Februar 1930 heißt es: „.. indem beim führenden Teil der Sowjetintelligenz (Techniker, Ingenieure, wissenschaftliche Funktionäre u.a.) ein wachsendes Streben zur Partei hin festgestellt wird, wird es als zweckentsprechend angesehen, deren beste Elemente, die ihre Ergebenheit für die proletarische Revolution gezeigt haben und die bei aktiver gesellschaftlicher Arbeit unter Führung der Partei geprüft wurden, in die Partei aufzunehmen.“ „Direktiva CK VKP (b) o dal'nejšej rabote po regulirovaniju rosta partii“, „Za Industrializaciju“ 11.2.1930.

56 Vgl. Bales, a.a.O., S. 138 ff.

57 Vgl. Lewin, „Society ...“, a.a.O., S. 73.

Repressionsorgane) aufgegeben worden wäre. Eher kann man sagen, daß die Parteiführung (vorübergehend) in der Produktion einen taktischen Rückzug vornahm, ohne jedoch an ihrer politischen Dominanz und der Monopolisierung gesellschaftlicher Zielsetzung Zweifel zuzulassen (58). Hier ist allerdings eine weitere Einschränkung zu machen: Bereits 1931 existierte innerhalb der einzigen in der Parteiführung verbliebenen Fraktion eine Strömung um S. Ordžonikidze, dem Volkskommissar für Schwerindustrie, die auch in der Zielsetzung selbst, vor allem hinsichtlich des Industrialisierungstempos, eine stärkere Berücksichtigung von Kriterien ökonomischer Rationalität forderte und die sich bei der Formulierung des neuen Fünfjahresplans zumindest partiell *gegen* die Stalinsche Führung durchsetzen konnte (59).

9. Soweit die Darstellung der soziopolitischen Entwicklung bis *vor* Beginn der „großen Säuberung“. Kann vor diesem Hintergrund der Massenterror, die Vergötzung Stalins, die Liquidierung der Partei, die nur von „oben“ bzw. durch die Arbeit der Repressionsorgane eingeschränkte Herrschaft der Bürokratie als nur noch quantitative Steigerung bereits vorhandener Elemente betrachtet werden, als adäquater Ausdruck jener zu Beginn des letzten Abschnitts genannten „Verwirtschaftlichung der Politik“, die sich 1931 durchsetzte? Kurzum kann, um an dem Bezugsrahmen der bisherigen Darstellung festzuhalten, der „Stalinismus“ als hemmungslose Durchsetzung ökonomischer Rationalität adäquat interpretiert werden?

Obwohl eine solche Interpretation zutreffende Beobachtungen enthält (dazu s. u.), scheint sie mir doch schon in ihrer Kernthese verfehlt, denn als Antwort auf unsere Fragen kann sie ja wohl nur dann gelten, wenn es gelingt, mit ihrer Hilfe die spezifischen Züge des stalinistischen Systems in ihrer ökonomischen Funktionalität aufzuzeigen. Damit aber hat es seine Schwierigkeiten:

Als von ihrer Intention her (wenngleich nicht nach ihren tatsächlichen Resultaten) „ökonomisch funktional“ kann vielleicht noch die Zwangskollektivierung und die Massendeportation von Bauern nach Sibirien erklärt werden, die zwar katastrophale Folgen für die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft hatte, die es aber doch – erst einmal gestättete, einen gewaltigen Transfer von Mehrprodukt aus dem landwirtschaftlichen in den industriellen Sektor und direkt in den Staatsapparat zu organisieren und ein Millionheer von Zwangsarbeitern für mit freiwilligen Arbeitskräften nicht zu realisierende Groß-Projekte zu rekrutieren. Es ist aber weder mit sektoral beschränkter noch mit gesamtwirtschaftlicher „ökonomischer Rationalität“ zu erklären, daß in der „Jeshowschtschina“ 1937/38 Hunderttausende von administrativen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kadern unter den unsinnigsten Anschuldigungen eingekerkert, verschleppt und ermordet wurden

58 Zugleich wurde seit 1930 mit der Einrichtung der „Hauptverwaltung für Lager“ (GULAG) bei der politischen Polizei (OGPU) ein eigener, direkt den „Sicherheitsorganen“ unterstellter ökonomischer Sektor entwickelt, die Zwangsarbeitslager und die „Stalin-Bauten“, in dem ökonomische Rationalität keine Rolle mehr spielte. Vgl. B. Lewytskyi, „Die rote Inquisition. Die Geschichte der sowjetischen Sicherheitsdienste“, Frankfurt/M. 1967, S. 75 f., 92 f.

59 Vgl. Bales, a.a.O., S. 271 ff.

– Kader, die das Land für den wirtschaftlichen Aufbau dringend brauchte (60). Die gleiche ökonomische Irrationalität ist für das Verhalten gegenüber den Naturwissenschaften kennzeichnend, wo z.B. in der Agrarbiologie das Primat des „dialektischen Materialismus“ – zumindest nachdem der „Lyssenkoismus“ Mitte der 30er Jahre zur Staatswissenschaft erhoben worden war – ökonomisch destruktive Folgen hatte (61). Daß in der Produktion die permanente Präsenz der „Sicherheitsorgane“ auf die Arbeitsleistung der leitenden Kader eine lähmende Wirkung haben mußte, braucht kaum eigens betont zu werden. Und daß in einem ökonomischen System, in dem alle Beteiligten – um nicht als „Saboteure“, „trozkistische Agenten“ etc. denunziert zu werden – vorrangig damit befaßt sind, „sich abzusichern“, nur solche (im Bedarfsfall frisierte) Informationen zu liefern, die nicht gefährlich werden können, „suboptimal“ geplant und entsprechend verwaltet wird, ist ebenfalls einsichtig.

All diese „Phänomene“ (und andere wie die Liquidation des Offizierskadern der Roten Armee) als „Überspitzungen“ eines letztlich ökonomisch rational strukturierten Systems zu kategorisieren (62), bedeutet doch nur, daß diese „Phänomene“ in der eigenen theoretischen Konzeption keinen Platz haben – dieses Konzept also das nicht einlöst, was es eigentlich zu erklären vorgibt: den „Stalinismus“.

Schärfer noch tritt diese Problematik hervor, wenn man in Betracht zieht, daß der Umschwung zum Terror als System nicht 1931, als auf dem Land wie in der Industrie chaotische Zustände herrschten, vollzogen wurde, sondern 1934 (mit der Ermordung Kirovs im Dezember dieses Jahres), als die schlimmsten ökonomischen Wunden der forcierten Industrialisierung und vor allem der Zwangskollektivierung zu verheilen begannen, als sich zwischen Fachintelligenz und Partei ein neuer status quo etabliert zu haben schien und als sich die politische Atmosphäre im Land entspannte. Schon diese Tatsachen-Feststellung reicht im übrigen aus, um die „Erklärung“ dieses Umschwungs aus der Machtgier einer kleinen Clique von Spitzenfunktionären um Stalin und Jagoda (63) als äußerst fragwürdig erscheinen zu lassen: Wird dabei doch aus einer (psychischen) Konstante Veränderung abgeleitet, während die „Zusatzbedingungen“ – ein partieller innergesellschaftlicher Entspannungsprozeß – gerade in eine Richtung wirkten, die einer weiteren „Stalinisierung“ der Gesellschaft widersprochen hätten. Begrenzte Bedeutung kommt dieser Erklärung trotzdem insofern zu, als die „stalinsche Führung“ gerade in dieser Situation fürchten mußte, von der letzten noch in der Partei verbliebenen Fraktion, den „Stalinisten“ selbst, für den Bruch mit der Bauernschaft zur Verantwortung gezogen zu werden. Für eine solche Entwicklung gab es verschiedene Indizien: Auf dem 17. Parteitag, Anfang 1934, wäre Stalin mit hoher Wahrscheinlichkeit fast aus dem Zentral-

60 Zur „Jeshowschtschina“ vgl. Kap. VI von R. Medwedews, „Die Wahrheit ist unsere Stärke“, Frankfurt/M. 1973.

61 Vgl. Sh. A. Medwedew, „Der Fall Lyssenko. Eine Wissenschaft kapituliert“, München 1974; D. Lecourt, „Proletarische Wissenschaft? Der ‚Fall Lyssenko‘ und der Lyssenkismus“, Westberlin 1976. Lecourt's Buch ist ein über den „Fall Lyssenko“ hinausgehender, wichtiger Beitrag zur theoretischen Diskussion des „Stalinismus“.

62 Vgl. Bahro, a.a.O., S. 106, 120, 136.

63 Vgl. etwa R. A. Medwedew, „New Pages from the Political Biography of Stalin“, a.a.O., S. 220

komitee abgewählt worden (64), innerhalb der politischen Führung selbst gab es eine starke Fraktion um Kirov (und Ordžonikidze (65)), die eine gewisse Liberalisierung der politischen Verhältnisse forderte (66). Um über eine auf der Ebene rein taktischer Überlegungen verbleibende Interpretation dieses Konflikts hinauszugehen, ist es notwendig, sich die Rahmenbedingungen einer solchen alternativen Politik zu vergegenwärtigen. Dabei scheint mir grundlegend, daß immerhin die Möglichkeit bestand, daß ein politischer Liberalisierungsprozeß eine Eigendynamik entwickeln würde, die die gesamte politische Bürokratie (und in geringerem Maße sogar die Fachintelligenz) zu gefährden drohte. Dabei hätte sie sich in noch viel geringerem Maße als gegen Ende des „Kriegskommunismus“ darauf verlassen können, daß in einem offenen Konflikt zwischen „Stadt“ und „Land“ die Arbeiterschaft auf ihrer Seite stehen würde: Es hatte sich sowohl das Verhältnis zwischen Arbeiterklasse und Partei geändert, wie auch zwischen Arbeitern und Bauern, da mit der enormen Expansion der Arbeiterschaft durch den Zustrom bäuerlicher Elemente neuerlich eine direkte Verbindung zwischen beiden Klassen hergestellt war. In einem offenen Kampf mit den Bauern und Teilen der Arbeiterschaft aber wäre es für die Bürokratie wahrscheinlich nicht nur um den Erhalt ihrer Privilegien, sondern um ihre sozialstrukturelle Existenz gegangen. Daß eine solche Entwicklung möglich schien (ohne ihre Notwendigkeit hier postulieren zu wollen), mußte sich auf die politische Klarheit und Konsequenz der Vertreter einer liberaleren Linie lähmend auswirken (67).

Ist damit – meines Erachtens – der wesentliche Grund benannt, warum sich, obwohl es Ansätze dazu gab, keine Alternative in der politischen Führung in offener Auseinandersetzung durchzusetzen versuchte, so kam in dieser Beziehung die spezifische Struktur des sowjetischen politischen Systems hinzu: Durch die Monopolisierung ideeller gesellschaftlicher Synthesis in der Führung einer Partei war jede von dort aus formulierte alternative Position eine Bedrohung für die Integration des Gesamtsystems, barg jeder offene politische Bruch in dieser Führung die Möglichkeit in sich, zum Katalysator einer gesamtgesellschaftlichen Frontenbildung zu werden. In besonders hohem Maß gilt dies für das Verhältnis zwischen Partei und Fachintelligenz.

Dieses Verhältnis war für die Jahre nach 1931 als eine Art Abgrenzung von Einflusssphären und Kompetenzen bei Aufrechterhaltung der politischen Dominanz der Partei beschrieben worden. Die Orientierung der Parteipolitik in dieser Hinsicht faßte Stalin 1931 in der Formel zusammen: „Die Technik entscheidet in der Rekon-

64 Vgl. R. A. Medwedew, „Die Wahrheit ist unsere Stärke ...“, a.a.O., S. 176 f.; B. Lewytkyj, a.a.O., S. 96 f.

65 Vgl. Bales, a.a.O., S. 174 ff.

66 Vgl. auch M. McAuley, „Politics and the Soviet Union“, Harmondsworth 1977, S. 122; L. Schapiro, „Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“, Frankfurt/M. 1962, S. 419 ff.; R. V. Daniels, a.a.O., S. 381 f.

67 Stalin pokerte relativ offen mit dieser Furcht. Jedenfalls würde ich seine folgend wieder-gegebene Äußerung vor dem Zentralkomitee der Partei im Januar 1933 so interpretieren: „Nur Feinde der Partei können sagen, man kann Stalin ablösen, ohne daß was passiert.“ Zit. n. „Vsesojuznoe soveščanie istorikov“, Moskva 1964, S. 291, zit. n. Medwedew, a.a.O., S. 176.

struktionsperiode alles.“ (68). Es erwies sich jedoch in den folgenden Jahren, daß die Dominanz technischer Rationalität in den industriellen Strukturen (die sich auch überbetrieblich fortsetzte) angesichts des niedrigen Qualifikations- und Kultur-niveaus der Arbeiterschaft wie der Kader und eingespannt in die voluntaristische Teleologie der Parteiführung auch aus ökonomischer Sicht zu keiner Optimierung der Produktion führte. Damit stand die Entscheidung an, ob auf dem Wege einer Dezentralisierung des Verwaltungssystems ökonomischer Rationalität als Bezugsrahmen technischer Rationalität größerer Spielraum gewährt werden sollte. Mit in Betracht zu ziehen ist dabei, daß das soziale Gewicht der Fachintelligenz während des 1. Fünfjahrplans erheblich zugenommen hatte, Folge ihrer quantitativen Expansion wie der Leitungsstruktur der Industriebetriebe, und sie auch politisch an Bedeutung gewonnen hatte, da die „neue Intelligencija“ gesellschaftlich erheblich weniger leicht zu kontrollieren war als die „bürgerlichen Spezialisten“ (die nun eine Minorität bildeten), da Teile von ihr nun in der Partei organisiert waren und da sich die „Partei-Rationalität“ während des 1. Fünfjahrplans gründlich diskreditiert hatte. Daß es sich hierbei nicht nur um eine „objektivistische Spekulation“ handelt, sondern um eine reale Gefährdung des Dominanzanspruchs der Partei, wird daran deutlich, daß Gorkij, Bucharin und I. P. Pavlov in den Jahren 1933/34 Pläne für eine Partei der Intelligencija (wenn auch nur als „Korrektiv“ zur Regierungspolitik) schmiedeten (69). D.h. daß das „stalinistische“ System des institutionalisierten Terrors und der politischen Despotie auch als Versuch zu interpretieren ist, den Dominanzanspruch der Gesamtpartei zu wahren – und zwar *gerade dort*, wo er mit ökonomischer Rationalität und Wachstumspolitik *nicht* mehr zu legitimieren war.

Wenn dies richtig ist und die Stalin-Clique somit die Interessen der Gesamtpartei gegen die der Gesamtbürokratie vertreten hätte, fragt sich natürlich, warum das erste Objekt des Terrors die Partei selbst war. Primär scheint mir dabei, daß die Partei durch den Bruch mit der Arbeiterklasse gleichsam in der Luft schwebte. Dadurch hatte sie aber auch im innerbürokratischen Flügelkampf an sozialem Gewicht verloren – die „Stalinisierung“ der Partei bedeutete den Versuch, dies durch Organisation und „Geschlossenheit“ wettzumachen und zugleich zu verhindern, daß das Eindringen der Fachintelligenz in die Partei zu einer Reproduktion der innerbürokratischen Kämpfe in der innerparteilichen Willensbildung führte. Es scheint mir außerordentlich charakteristisch, daß gerade die kommunistischen Wirtschaftler Hauptobjekte der ersten Welle der „Jeshowschtschina“, Ende 1936 bis Anfang 1938, waren (70). Es handelte sich aber nicht nur um den Versuch, die Artikulation bestimmter gesellschaftlicher Interessen und eines anderen Rationalitäts-Typus *in der*

68 Stalin, Werke XIII, Berlin 1950, S. 38.

69 So die Schilderung B. Nikolaevskijs über ein Gespräch mit Bucharin in Paris 1936, in: J. E. Zagoria (ed.), „Power and the Soviet Elite. 'The Letter of an Old Bolshevik' and other Essays by Boris I. Nicolaevsky“, London 1966, S. 14 ff.

70 Vgl. B. Lewytkyj, a.a.O., S. 128; Medwedew, a.a.O., S. 248 - 256. Azrael, der unter „Roten Direktoren“ alle kommunistischen Wirtschaftler versteht, schreibt: „... the fate, that overtook the red directors. That fate was mass liquidation in the Great Purge.“ A.a.O., S. 98; vgl. auch Bales, a.a.O., S. 282 f.

Partei im Keim zu ersticken, sondern die Partei zugleich in ein Instrument zu verwandeln, das gegenüber alternativem Denken überhaupt immun war, lernunfähig, und deshalb in der Lage, die an der Spitze entwickelte Synthese und Perspektive einheitlich und rücksichtslos durchzusetzen. D.h. der Parteitypus selbst sollte undefiniert werden. Um auf eine bereits zitierte Weber'sche Argumentation zurückzukommen: Es ging der Stalin-Führung darum, einen Apparat von Menschen zu schaffen, die nicht „aus Liebe zur Sache“, d.h. der Arbeiterklasse und dem Aufbau des Sozialismus als den zentralen Bezugspunkten, sondern aus „Treue zur Institution“ ihren Dienst verrichteten. Dafür aber waren große Teile der Partei noch zu Beginn der 30er Jahre ungeeignet: zu den Qualitäten eines guten Parteimitglieds gehörte damals noch ein gewisser gesellschaftlicher Überblick, Initiative, die Bereitschaft ein Risiko einzugehen und auch eine gewisse Lernfähigkeit gegenüber dem eigenen sozialen Umfeld. Gerade Parteimitglieder, die diese Qualitäten hatten, wurden in der „großen Säuberung“ liquidiert: Das begann bei den ehemals führenden Köpfen der „Linken Opposition“ und endete damit, daß bei den im September 1937 einsetzenden Massenverhaftungen von Bauern primär nicht gegen das Regime eingestellte Elemente (die es dort gewiß in großer Anzahl gab), sondern „bewußte Vorkämpfer“ der „sozialistischen Umgestaltung des Dorfes“ sistiert und in die Zwangsarbeitslager verschickt wurden (71). Die Geschichte der KPdSU als ehemaliger Arbeiterpartei wurde damit zugleich liquidiert und aufgehoben: Liquidiert, weil gerade die Kader ermordet wurden, die aufgrund ihrer Individualgeschichte eine Verbindung zur Arbeiterbewegung hatten oder die auch nur aufgrund ihres selbständigen Denkens potentiell andere als bürokratische Interessen rezipieren und artikulieren konnten – aufgehoben, weil die totale Ausrichtung des Denkens auf den „Parteführer“ Stalin verbunden war mit der Mystifikation, daß in seiner Person und in seinen Parolen die „objektiven Interessen der Arbeiterklasse“ unmittelbar zur Geltung kämen. Der Mechanismus, der sich dabei im Denken abspielte, wird aus dem folgenden Dialog zwischen dem seit 1936 inhaftierten österreichischen Kommunisten A. Weissberg-Cybulsky und einem ehemaligen Linksoppositionellen, späterem Polizeispitzel und überzeugten Kommunisten in einem ukrainischen Gefängnis im Jahr 1937 deutlich. Der Spitzel, Roshanskij, war selbst ein Opfer des Terrors.

Roshanskij: „Es ist wie eine Naturkatastrophe, ein Wirbelsturm, der durch das Land geht. Fragen Sie den Orkan, woher er kommt, wohin er geht? Gibt er Ihnen eine Antwort? Nein, Sie ducken sich nur, um nicht zerschmettert zu werden. Die großen starken Bäume, die werden entwurzelt und zerbrochen, aber das Gras überlebt den Sturm. Die Halme beugen sich und stehen dann wieder auf. Ich rate Ihnen, sich zu beugen.“

Weissberg: „Ja, aber wem dient dieser Orkan?“

Roshanskij: „Das wissen wir nicht. Wir können nur hoffen, daß der Mann an der Spitze das Ziel sieht. Vielleicht werden wir alle es einmal sehen, wenn wir nicht vorher zugrunde gegangen sind. Ich glaube, es ist unsere Pflicht, uns zu unterwerfen. Die Pflicht gegen die Bewegung und die Pflicht gegen uns selbst.“

71 A. Weissberg-Cybulski, „Hexensabbat“, Frankfurt/M. 1977, S. 256. Diese Aussage ist selbstverständlich nur mit Vorbehalten zu verallgemeinern, da sie nur auf den Gefängnis-Erfahrungen eines Zeugen, der allerdings Mitgefangener von Hunderten von Bauern war, basiert.

Weissberg: „Warum gegen uns? Sollen wir uns entehren um eines Zieles willen, das wir nicht kennen?“

Roshanskij: „Alexander Semjonowitsch, Sie kämpfen für die Ehre der Montur, Sie sind mit Vorstellungen in unser Land gekommen, die in unsere Zeit nicht passen. So konnte ein Ferdinand Lassalle handeln, der sich von einem rumänischen Bojaren niederschleifen läßt, um die Ehre einer aristokratischen Dirne zu retten. Wir kennen den Begriff der bürgerlichen Offizierslehre nicht. Wir kennen nur den Zweck, das Endziel.“

Weissberg: „Aber gerade dieses Endziel sehen Sie doch nicht.“

Roshanskij: „Wir haben es an einer Wegbiegung aus den Augen verloren, aber Stalin weiß, wo es liegt. Bei der nächsten Wendung des Weges werden wir es wieder erblicken.“ (72)

Die Rationalität des Terrors, durch den potentiell jeder Gefahr lief, aufgrund der absurdesten Denunziationen inhaftiert und umgebracht zu werden, wird an Roshanskij's Argumentation ansatzweise deutlich: Die völlige Atomisierung der Bevölkerung bis hin zur Sprachlosigkeit schuf auf ideologischer Basis eine neue Form der Synthese, die sich in Stalin als gottähnlicher Despot verkörperte. Damit war der ideologische „Stalinismus“ als Bezugsrahmen höherer Ordnung gesetzt – kodifiziert in Stalins Schrift „Über dialektischen und historischen Materialismus“ (73) – , demgegenüber Gründe, die sich aus anderen Rationalitäten (seien sie wissenschaftlicher, ökonomischer oder humanistischer Natur) ableiteten, keine Geltung hatten. Da auf diese anderen Rationalitäten selbstverständlich nicht verzichtet werden konnte, das ideologische System des „Stalinismus“ ihnen aber fremd und zum großen Teil widersprüchlich gegenüber stand, war damit zugleich ein permanenter Widerspruch gesetzt, der nicht aufzuheben war (so wenig wie die gesellschaftliche Arbeitsteilung in Parteifunktionäre, Wirtschaftler, Wissenschaftler, Arbeiter, Bauern etc.) und der deshalb für die Organisatoren des gesellschaftlichen Zusammenhalts nur durch Lernunfähigkeit und Gewalt unterdrückt werden könnte, in anderen gesellschaftlichen Bereichen aber in einen halblegalen Zustand verdrängt wurde.

Die Frage nach dem „Subjekt des Terrors“ erweist sich vor diesem Hintergrund dann als verkürzt, wenn ihr ein Vorverständnis des Terrors als „Instrument“ einer bestimmten sozialen Schicht oder Gruppe gegen andere Elemente der Bürokratie zugrunde liegt. Obwohl sich ein aktiver Kernbereich terroristischer Maßnahmen um die Parteispitze und die „Sicherheitsorgane“ wohl lokalisieren läßt, ist damit das wesentliche noch nicht getroffen: Daß nach der Ausschaltung der Partei als integrierende und synthetisierende politische Institution der Terror zu einer Art „Ersatz-Kommunikation“ wurde, Institution sozialen und politischen Ausgleichs in einer Phase erheblicher gesellschaftlicher Kräfteverschiebungen, denen es an unmittelbarer politischer Artikulationsmöglichkeit gebrach. Wäre der Terror, der eben nicht „nur“ in staatlicher Repression bestand, sondern in allseitiger Bespitzelung, Denunziation und stillschweigendem „Mit-Machen“, demnach als Kommunikationsform einer entpolitisierten und sprachlos gewordenen bürokratischen Klasse zu verstehen, so löste sich das Paradoxon, daß nicht nur die Revolution, sondern selbst die Konterrevolution „ihre Kinder fraß“, auf: an dieser „Sprach-Gemeinschaft“ hatten in

72 A.a.O., S. 173 f.

73 J. Stalin, „Über dialektischen und historischen Materialismus“ (September 1938), in: ders., „Fragen des Leninismus“, Berlin (DDR) 1951, S. 647-649.

der Tat (fast) alle Teil, die sich im sozialen Interessenkampf befanden, waren deshalb (fast) alle zugleich Täter und Opfer (wer aber nicht „mitspielte“, fand sich sehr bald im „Lager“ wieder).

IV

Dieser Aufsatz stellt den Versuch dar, die Entwicklung hin zum Stalinismus von einem bestimmten Begriff der Bürokratie (als Doppelstruktur von Fachintelligenz und Partei-Teleologen) und von der Bestimmung der Gesamtbürokratie als notwendig verselbständigte Organisation des „Allgemeininteresses“ (also: besonderes Interesse „in Form der Allgemeinheit“) her zu interpretieren. Dabei ging es nicht darum, eine „Theorie des Stalinismus“ vorzustellen, an die berechtigterweise der Anspruch zu richten wäre, daß sie alle Aspekte der „stalinistischen Gesellschaft“ erfaßt oder daß sie sich zumindest systematisch aus ihr entwickeln ließen. Das Ziel war vielmehr, einen zentralen soziopolitischen Aspekt und bestimmte – auch von anderen theoretischen Ansätzen her als relevant anerkannte – „Bruchpunkte“ der Entwicklung in gesamtgesellschaftlicher Perspektive zu interpretieren (74). Der Versuch, strukturelle Ursachen der Realentwicklung zu benennen, bedeutet selbstverständlich nicht, die jeweiligen Entscheidungen als die historisch einzig möglichen darzustellen. An verschiedenen Entwicklungsschritten wurde vielmehr deutlich, daß Alternativen denkbar (und sei es nur im Sinne der Fortsetzung der zuvor verfolgten Politik) waren: bei der „Getreidekrise“ 1928, beim Übergang zur „forcierten Industrialisierung“ 1929, bei der Kehrtwendung 1931, in der relativ offenen Situation 1934. Von der systematischen Argumentation her ist – die historische Unvermeidlichkeit der Kombination Fachintelligenz/Partei-Teleologen als innerbürokratische Arbeitsteilung und der Bürokratie selbst vorausgesetzt – festzustellen, daß die „reelle Subsumtion“ der gesellschaftlichen Teilspektoren, schließlich des Denkens selbst unter die „Führung der Partei“ und der Repressionsorgane nur eine denkbare Form des Interessenausgleichs und der Setzung gesellschaftlicher Entwicklungsziele war. Mit der Liquidation der „alten Bolschewiki“, die noch im gesamtbürokratischen Interesse war, war die Verbindung der Partei zur Arbeiterklasse gekappt. Damit hatte sich die Partei endgültig auf den Boden der Bürokratie gestellt. Daß an die Stelle des politischen Diskurses der Terror trat, daß mit „Diamat“ und Stalin-Kult versucht wurde, den ideellen Zusammenhang der Gesamtgesellschaft aufrechtzuerhalten und dies in der Form der Dominanz einer politischen Führung, die sich gegen die Konsequenzen ihrer sozialen Einbindung in eine Klasse wehrte, deren einzelne Sektoren ihrer funktionsspezifischen Orientierung nach dem Dominanzanspruch der Partei

74 Andere theoretische Ansätze wie etwa die „asiatische Konzeption“ (Dutschke) habe ich bewußt beiseite gelassen: Soll diese Konzeption mehr als analogischen Charakter tragen, so gilt es zuerst Sozialstruktur und Entwicklungslogik des Stalinismus zu bestimmen, um von daher die Bedeutung nicht einer angeblichen „Kontinuität“, sondern von Anknüpfungselementen an die „zaristische“ Vergangenheit aufzeigen zu können (daß es diese Elemente gab, ist – gerade in kultureller Hinsicht – unbestreitbar).

äußerlich gegenüberstanden, konnte nur eine Übergangserscheinung sein. Dieses instabile System von Ressortegoismus, sklavischer Unterordnung und allseitigem Mißtrauen, das durch die Vernichtung der politischen Vermittlungsinstanzen entstanden war, konnte nicht von Dauer sein. Daß es allerdings gerade die Partei und nicht irgendeine Fachbürokratie (und auch nicht der Repressionsapparat unter Berija) war, die sich nach dem Ende des gemeinsamen Bezugspunkts wieder als synthetisierende Instanz etablierte, verweist auf die fortdauernde innere Widersprüchlichkeit unmitelbarer bürokratischer Herrschaft.

Bahro-Diskussion in PROKLA 31 und 33:

Wilfried Spohn, Geschichte und Emanzipation

Gert Schäfer, Was heißt bürokratischer Sozialismus?

Günter Erbe, Klassenantagonismus und Schichtendifferenzierung

Renate Damuš, Die Intelligenz als Potential des gesellschaftlichen Umwälzungsprozesses im realen Sozialismus

Hartwig Bögeholz, Bahros Klassentheorie (PROKLA 33)